1
Bevölkerung und Demografie

Auszug aus dem Datenreport 2013

1 Bevölkerung und Demografie

1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung

Claire Grobecker, Elle Krack-Roberg, Olga Pötzsch, Bettina Sommer

Destatis

Allgemeine Information
Zensus 2011 – Deutschland hat Inventur gemacht

Zensusdaten sind für viele gesellschaftspolitische Entscheidungen und gesetzliche Regelungen wichtig, zum Beispiel für den Finanzausgleich, die Einteilung der Wahlkreise oder für Infrastrukturplanungen, denn das Besondere an den Zensusergebnissen ist, dass sie nicht nur für Bund, Länder, Regierungsbezirke und Kreise, sondern auch für Kommunen aussagekräftige Planungsdaten bereitstellen.

Darüber hinaus bilden die Zensusergebnisse aber auch die Grundlage und den Hochrechnungsrahmen für viele amtliche Statistiken, wie zum Beispiel den Mikrozensus oder das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Damit diese Statistiken zuverlässig sind, benötigt man eine verlässliche Datengrundlage.

Deshalb war es dringend notwendig, dass Deutschland wieder eine Inventur macht, denn die letzten Volkszählungen liegen sehr lange zurück: Im früheren Bundesgebiet gab es 1987 eine Volkszählung, in der DDR wurde 1981 zuletzt gezählt. Seitdem werden die Daten mithilfe von Informationen über Geburten, Todesfälle und Ummeldungen kontinuierlich aktualisiert. Doch diese sogenannte Bevölkerungsfortschreibung wird umso ungenauer, je älter die grundlegenden Daten sind. Und seit den letzten Volkszählungen ist viel passiert: der Mauerfall, der Umzug vieler Menschen von Ost nach West, eine rasant fortschreitende europäische Integration.

Die ersten Ergebnisse aus dem Zensus 2011 wurden am 31. Mai 2013 veröffentlicht, also nach Redaktionsschluss des Datenreports 2013 und stehen unter www.zensus2011.de für individuelle Auswertungen bereit.

Auf Grundlage des Zensus lebten am 9. Mai 2011 rund 80,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland und damit 1,5 Millionen oder 1,8 % weniger als in der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage von Volkszählungen nachgewiesen. Die Mehrheit sind Deutsche – nämlich rund 74 Millionen. Knapp 6,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner waren ausländische Staatsbürger (7,7 %), nahezu 1,1 Millionen oder 14,9 % Ausländerinnen und Ausländer weniger als bislang angenommen.

Nach und nach werden auch die bestehenden amtlichen Statistiken an die Zensusergebnisse angepasst werden. Die ersten Daten, die auf Basis des Zensus 2011 aktualisiert werden, sind die Daten der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2011.

Beim Mikrozensus – der größten amtlichen Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland – werden die Zensusergebnisse ab dem Mikrozensus 2013 im Rahmen der Hochrechnung berücksichtigt. Bis dahin baut der Mikrozensus noch auf der Bevölkerungsfortschreibung von 1987 auf.

Was die makroökonomischen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die privaten Konsumausgaben oder Erwerbstätige angeht, so haben die Zensusergebnisse keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Wirkung der neuen Bevölkerungszahlen auf Pro-Kopf-Angaben (zum Beispiel BIP je Einwohner) ist aber evident. Eine Einbeziehung der Zensusergebnisse in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird im Zuge der nächsten Generalrevision der VGR erfolgen, die am 1. September 2014 veröffentlicht wird. Eine komplette Revision der Pro-Kopf-Angaben für die gesamten Zeitreihen wird voraussichtlich ab 2015 möglich sein.

Bis zur Aktualisierung der verschiedenen amtlichen Statistiken auf Basis der Zensusergebnisse können mitunter unterschiedliche Ergebnisse zu einem Thema existieren. Das ist leider unvermeidlich, denn das Wesen eines Zensus ist es, die Unstimmigkeiten, die sich in einem Vierteljahrhundert seit der letzten »Inventur« eingeschlichen haben, herauszufinden und die statistischen Basisdaten auf eine neue und solide Grundlage zu stellen. Daher ist es auch üblich, das lange Zeitreihen typischerweise in Zensusjahren einen Bruch erfahren.

Für einen Vergleich der Zensusergebnisse mit veröffentlichten Zahlen anderer amtlicher Statistiken müssen außerdem die Unterschiede in Definition, Methodik und Verfahren berücksichtigt werden. Ergebnisse, die sich bei bestimmten Merkmalen deutlich voneinander unterscheiden, können ebenso aus verschiedenen Befragungszeiträumen resultieren wie aus abweichenden Frageformulierungen und den damit verbundenen Auswertungsmöglichkeiten. Anhand der Merkmalsdefinitionen, die in der Zensusdatenbank aufgeführt sind, können mögliche definitorische Unterschiede zu anderen Statistiken nachvollzogen werden.

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demografische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich zum Beispiel in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt und hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weitreichenden Bedarfs an demografischen Daten gehört die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Die Statistiken werden seit 1950 in der jetzigen Form geführt, die Zeitreihen gehen teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück. ▸ Info 1

1.1.1 Bevölkerungsstand

Bei den vorliegenden Bevölkerungszahlen für 2011 handelt es sich um Fortschreibungsergebnisse auf Basis der Volkszählung von 1987 (im Westen) beziehungsweise eines Auszugs des Zentralregisters der DDR vom 03.10.1990 (im Osten), siehe Infokasten 1. Auf Basis dieser Fortschreibung lebten Ende 2011 in Deutschland rund 81,8 Millionen Personen, davon waren 49 % Männer und 51 % Frauen. Gegenüber 2010 ist die Bevölkerung damit um 92 000 Einwohnerinnen und Einwohner beziehungsweise um 0,1 % gewachsen. Rund 65,5 Millionen (80 %) lebten in den alten Bundesländern, 12,8 Millionen (rund 16 %) in den neuen Bundesländern und 3,5 Millionen (rund 4 %) in Berlin. Die bevölkerungsreichsten Länder waren Nordrhein-Westfalen (17,8 Millionen), Bayern (12,6 Millionen) und Baden-Württemberg (10,8 Millionen). In diesen drei Bundesländern lebte 50 % der Bevölkerung Deutschlands. Die Hälfte der Bundesländer hatten dagegen weniger als drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. ▸ Tab 1

Mit 81,8 Millionen hatte Deutschland Ende 2011 rund 12,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 50,9 Millionen auf 62,1 Millionen, gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR von 18,4 Millionen auf 17,0 Millionen zurück. Die Bevölkerungszahl stabilisierte sich danach zwischen 61 Millionen und 62 Millionen im Westen und zwischen 16 Millionen und 17 Millionen im Osten.

Seit der deutschen Vereinigung Ende 1990 nahm die Bevölkerung Deutschlands bis Ende 2002 zuerst von 79,8 Millionen Personen auf 82,5 Millionen (+ 2,8 Millionen) zu. Bis 2010 folgte dann ein Rückgang der Bevölkerungszahlen. Im Jahr 2011 setzte wieder eine Bevölkerungszunahme ein. Die Entwicklung in diesem Zeitraum war allerdings zwischen Ost und West unterschiedlich: Während die neuen Bundesländer seit 1990 durchgehend einen Bevölkerungsrückgang verzeichneten, nahm die Bevölkerung in den alten Bundesländern – mit Ausnahme der Jahre 2006 bis 2009 – zu. Berlin verzeichnete abwechselnde Phasen von Zuwachs und Rückgang. ▸ Tab 2

Regionale Bevölkerungsverteilung

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet und Berlin-West stieg die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1973 von 202 auf 250 an, ging danach bis 1984/85 auf 245 leicht zurück und stieg nach der Wende bis auf 270 Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2000. Seit 2001 stagnierte die Bevölkerungsdichte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) zwischen 263 und 264 Einwohner je Quadratkilometer. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 171 auf 148 Einwohner je Quadratkilometer. Seit 2001 sank die Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) stetig von 127 auf 119 Einwohner je Quadratkilometer im Jahr 2011.

Für Deutschland insgesamt lag die Einwohnerdichte Ende 2011 bei 229 Einwohnern je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt waren die Stadtstaaten

▸ Info 1

Datenquelle der Bevölkerungsstatistik und Gebietsstände

Die Bevölkerungszahl wird mittels der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen. Auf den Ergebnissen der letzten Zählungen aufbauend (Volkszählung von 1987 im früheren Bundesgebiet und Auswertung des zentralen Einwohnerregisters zum 03.10.1990 in der ehemaligen DDR), führen die statistischen Ämter auf Gemeindeebene die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch Bilanzierung der Ergebnisse der Statistiken über Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik durch. Die Bevölkerungsfortschreibung liefert demografische Grunddaten über die gesamte Bevölkerung wie Geschlecht, Alter und Familienstand sowie über die deutsche beziehungsweise nicht deutsche Staatsangehörigkeit.

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 werden grundsätzlich in der amtlichen Statistik nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen, sodass bei Bevölkerungsangaben für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder, soweit noch ein getrennter Nachweis erfolgt, Berlin nicht enthalten ist.

▶ Tab 1 **Bundesländer nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte 2011**

	Regierungssitz	Fläche in 1 000 km²	Bevölkerung			Einwohner/-innen je km² / Land
			insgesamt	Männer	Frauen	
			in 1 000			
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	10 786	5 320	5 466	302
Bayern	München	70,6	12 596	6 200	6 396	179
Berlin	Berlin	0,9	3 502	1 718	1 784	3 927
Brandenburg	Potsdam	29,5	2 496	1 237	1 259	85
Bremen	Bremen	0,4	661	323	339	1 577
Hamburg	Hamburg	0,8	1 799	881	918	2 382
Hessen	Wiesbaden	21,1	6 092	2 994	3 098	289
Mecklenburg-Vorpommern	Schwerin	23,2	1 635	809	826	70
Niedersachsen	Hannover	47,6	7 914	3 896	4 018	166
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	17 842	8 718	9 124	523
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,9	3 999	1 967	2 032	201
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 013	494	520	394
Sachsen	Dresden	18,4	4 137	2 028	2 109	225
Sachsen-Anhalt	Magdeburg	20,5	2 313	1 134	1 179	113
Schleswig-Holstein	Kiel	15,8	2 838	1 392	1 446	180
Thüringen	Erfurt	16,2	2 221	1 097	1 124	137
Deutschland	**Berlin**	**357,1**	**81 844**	**40 207**	**41 637**	**229**

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.

▶ Tab 2 **Bevölkerungsentwicklung — in Tausend**

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet[1]	Neue Länder[2]	Berlin
1950	69 346	50 958	18 388	–
1960	73 147	55 958	17 188	–
1970	78 069	61 001	17 068	–
1980	78 397	61 658	16 740	–
1990	79 753	63 726	16 028	3 434
2000	82 260	67 140	15 120	3 382
2005	82 438	65 698	13 345	3 395
2006	82 315	65 667	13 244	3 404
2007	82 218	65 664	13 137	3 416
2008	82 002	65 541	13 029	3 432
2009	81 802	65 422	12 938	3 443
2010	81 752	65 426	12 865	3 461
2011	81 844	65 540	12 802	3 502

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt. Ergebnisse jeweils am 31. Dezember.
1 Seit 2001 ohne Berlin-West.
2 Seit 2001 ohne Berlin-Ost.
– nichts vorhanden.

(Berlin: 3 927, Hamburg: 2 382, Bremen: 1 577). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (70), Brandenburg (85), Sachsen-Anhalt (113), Thüringen (137) und Niedersachsen (166) auf (siehe Tabelle 1).

Ende 2011 gab es in Deutschland 11 292 politisch selbstständige Gemeinden und damit 150 oder 1,3 % weniger als Ende 2010. Davon lagen 8 466 im früheren Bundesgebiet und 2 825 in den neuen Bundesländern. Aufgrund von Gebietsreformen hat sich vor allem in den neuen Bundesländern die Gemeindeanzahl verringert. Sie sank von 2 960 um 135 Gemeinden (– 4,6 %).

Aus der Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2011, dass 6 % der Bevölkerung Deutschlands in

Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, 35 % in Gemeinden mit 2 000 bis unter 20 000 Einwohnern und 27 % in Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 31 % der Bevölkerung. Die Städte mit den höchsten Einwohnerzahlen waren in abnehmender Reihenfolge Berlin, Hamburg und München, bei Betrachtung der Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte lagen an vorderster Stelle München, Berlin und Herne. ▶ Tab 3

1.1.2 Altersaufbau, Geburten und Sterbefälle

Altersaufbau

Der Altersaufbau der Bevölkerung wird unmittelbar von der Zahl der Geburten beeinflusst. Außerdem besteht eine Wechselwirkung zwischen der Stärke eines Altersjahrgangs und den Geburten- und Sterbezahlen: Zum einen beeinflusst die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen, gleichzeitig wirken sich aber wiederum die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit oder Sterblichkeit auch auf die Stärke der

▶ Tab 3 **Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten in ausgewählten Großstädten 2011**

	Stadt	Einwohner/-innen in 1 000	Stadt	Einwohner/-innen pro km²
1	Berlin	3 502	München	4 436
2	Hamburg	1 799	Berlin	3 927
3	München	1 378	Herne	3 195
4	Köln	1 017	Stuttgart	2 958
5	Frankfurt am Main	692	Frankfurt am Main	2 785
6	Stuttgart	613	Oberhausen	2 757
7	Düsseldorf	592	Nürnberg	2 740
8	Dortmund	581	Offenbach am Main	2 733
9	Essen	573	Essen	2 726
10	Bremen	548	Düsseldorf	2 725
11	Leipzig	532	Hannover	2 576
12	Dresden	530	Bochum	2 567
13	Hannover	526	Köln	2 510
14	Nürnberg	511	Gelsenkirchen	2 446
15	Duisburg	488	Hamburg	2 382

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.

▶ Tab 4 **Entwicklung der Altersstruktur**

	Bevölkerung in 1 000	Davon im Alter von … bis … Jahren				Jugendquotient[1]	Altenquotient[2]
		unter 20	20–64	65–79	80 und älter		
		in %					
1950	69 346	30,4	59,9	8,7	1,0	50,8	16,3
1960	73 147	28,4	60,0	10,0	1,6	47,3	19,3
1970	78 069	30,0	56,2	11,8	2,0	53,4	24,6
1980	78 397	26,8	57,7	12,8	2,7	46,3	26,9
1990	79 753	21,7	63,4	11,2	3,8	34,2	23,6
2000	82 260	21,1	62,2	12,9	3,8	34,0	26,8
2010	81 752	18,4	60,9	15,3	5,3	30,3	33,8
2011	81 844	18,2	61,2	15,2	5,4	29,8	33,7

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt. Ergebnisse jeweils am 31. Dezember.
1 Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.
2 Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis 64-Jährigen.

jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung. Einen zusätzlichen Faktor stellt die Zu- und Abwanderung dar, da die meisten Zu- und Abwanderer im jungen Erwachsenenalter sind. In Deutschland führen diese verschiedenen Faktoren dazu, dass die Gruppe der Kinder und Jugendlichen kleiner wird und die Gruppe der Personen im Rentenalter wächst, während sich der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter – derzeit – wenig verändert.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet die Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute eher einer »zerzausten Wettertanne«, wie sie einmal bildhaft beschrieben wurde. ▸ Abb 1

In Tabelle 4 werden die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus verdeutlicht: Im Jahr 2011 betrug in Deutschland der Anteil der Heranwachsenden (unter 20-Jährige) rund 18 %. Auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfielen 61 % und der Seniorenanteil (65-Jährige und Ältere) lag bei 21 %. Rund 5 % der Bevölkerung waren hochbetagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis 64-Jährigen) lag bei 30 und somit unter dem Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis 64-Jährigen) mit 34. Anfang 1955 lag der Jugendquotient noch bei 50 und der Altenquotient bei 18, seit 2006 jedoch übersteigt der Altenquotient den Jugendquotienten. ▸ Tab 4

In Deutschland werden etwa 5 % mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Jahr 2011 kamen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 105 Jungen. Weil Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie Frauen, verändern sich die Anteile von Frauen und Männern mit den Altersgruppen. Während also bis zum Alter unter 50 Jahren in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil überwiegt, sind in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen ungefähr so viele Männer wie Frauen enthalten. In den höheren Altersgruppen überwiegen dann zunehmend Frauen: Von den 60- bis 69-jährigen Personen sind 51 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis 79-Jährigen 55 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar 66 %. Grund für den geringeren Männeranteil in den höchsten Altersgruppen sind neben der höheren Lebenserwartung von Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. So steigt mittlerweile mit den nachlassenden demografischen Auswirkungen des Krieges auch der Anteil der Männer an den Hochbetagten (27 % im Jahr 2000; 34 % im Jahr 2011).

▸ Abb 1 **Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 2011 — in Tausend je Altersjahr**

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.

Geburten, Sterbefälle

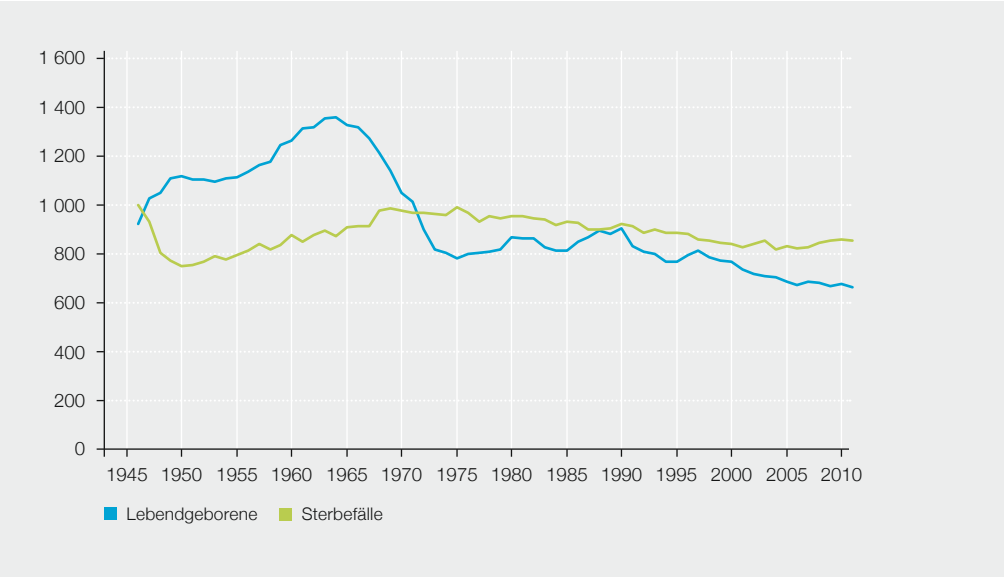
Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der Bundesrepublik durch hohe Geburtenzahlen geprägt (sogenannter Baby-Boom). Ab 1947 wurden deutlich mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Diese Situation änderte sich Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre mit einem rapiden Rückgang der Geburten. Die Geburtenzahl ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Millionen) bis auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Danach gab es von 1976 bis 1990 einen Anstieg der jährlichen Geburtenzahlen von 798 000

auf 906 000. Seit 1997 (812 000 Geburten) war wieder ein kontinuierlicher Geburtenrückgang zu beobachten. Im Jahr 2005 wurden erstmals unter 700 000 Kinder geboren und im Jahr 2011 wurde mit 663 000 Neugeborenen die niedrigste Geburtenzahl seit 1946 registriert. ▶ Abb 2 , Tab 5

Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren wurden als Menschen starben. Im Jahr 2011 lag die Zahl der Gestorbenen um 190 000 höher als die Zahl der (lebend) geborenen Babys.

Mit der im Jahr 2011 in Deutschland rechnerisch ermittelten durchschnittlichen Kinderzahl von 1,36 Kindern je Frau wird die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten. Gleichzeitig nimmt in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 78 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 83 Jahre. Gegenüber dem Stand von Mitte der 1980er-Jahre entspricht dies einer Zunahme bei den Jungen um rund sechs Jahre und bei den Mädchen um annähernd fünf Jahre. Ein 60-jähriger Mann hat heute rechnerisch noch eine Lebenszeit von durchschnittlich 21 Jahren vor sich. Eine gleichaltrige Frau hat rechnerisch noch eine Lebenszeit von 25 Jahren zu erwarten (siehe auch Abschnitt 1.1.4). Die durchschnittliche Kinderzahl 2011 und die aktuelle durchschnittliche Lebenserwartung sind mit Daten zum Bevölkerungsstand vor dem Zensus 2011 berechnet worden.

▶ Abb 2 **Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland 1946–2011 — in Tausend**



▶ Info 2

Wanderungsstatistik

In der Wanderungsstatistik werden die Zu- und Fortzüge erfasst, die von den Meldebehörden an die statistischen Ämter gemeldet werden. Der Wanderungssaldo wird als Differenz der Zu- und Fortzüge gebildet. Das Wanderungsvolumen bezeichnet die Summe aus der Binnenwanderung zuzüglich der Zuzüge aus und der Fortzüge ins Ausland.

Die auf ein Jahr bezogene Wanderungsstatistik weist die jeweiligen Wanderungsfälle, das heißt die Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen, nicht die wandernden Personen nach. Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets erfasst, ab diesem Zeitpunkt handelt es sich um Binnenwanderungsfälle, die als Ost-West-Wanderung bezeichnet werden.

Durch die Binnenwanderung ändert sich die regionale Verteilung der Bevölkerung, aber im Gegensatz zur Außenwanderung nicht die Einwohnerzahl Deutschlands.

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) kommt bei der Beobachtung und Analyse der Einwohnerzahl den sogenannten Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird zwischen den Wohnsitzwechseln von Personen in eine andere Gemeinde innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) unterschieden. Die Außenwanderung und die Binnenwanderung bilden zusammen die Gesamtwanderung. ▶ Info 2

Gesamtwanderung

Die Gesamtwanderung kann für Deutschland, für die Bundesländer, für die Landkreise und für die Gemeinden ermittelt werden. Im früheren Bundesgebiet stieg das Wanderungsvolumen von 1960 bis 1971 von 4,1 Millionen bis auf 5,3 Millionen Wanderungsfälle an. Zu dieser Entwicklung trugen die Außenwanderung sowie die Binnenwanderung bei, wobei die Außenwanderung schneller anstieg als die Binnenwanderung. Ab 1971 ging das Wanderungsvolumen wieder zurück und pendelte sich von 1975 bis 1988 auf jährlich 3,5 bis 4,2 Millionen Fälle ein. Die Wende in der ehemaligen DDR löste erneut eine Wanderungswelle aus: Mit rund 5,7 Millionen Wanderungsfällen jährlich blieb die Gesamtwanderung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er-Jahre auf hohem Niveau. Nach 1995 ging das Wanderungsvolumen zurück und lag von 2005 bis 2010 bei rund

▶ Tab 5 **Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland**

	Lebendgeboren		Gestorbene		Überschuss der Geborenen (+) beziehungsweise der Gestorbenen (–)	
	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner/-innen
	Deutschland					
1950	1 117	16,3	748	10,9	+368	+5,4
1960	1 262	17,3	877	12,0	+385	+5,3
1970	1 048	13,5	976	12,6	+72	+0,9
1980	866	11,0	952	12,1	–87	–1,1
1990	906	11,4	921	11,6	–16	–0,2
2000	767	9,3	839	10,2	–72	–0,9
2010	678	8,3	859	10,5	–181	–2,2
2011	663	8,1	852	10,4	–190	–2,3
	Früheres Bundesgebiet[1]					
1950	813	16,3	529	10,6	+284	+5,7
1960	969	17,4	643	11,6	+326	+5,9
1970	811	13,4	735	12,1	+76	+1,3
1980	621	10,1	714	11,6	–93	–1,5
1990	727	11,5	713	11,3	+14	+0,2
2000	656	9,8	679	10,1	–23	–0,3
2010	542	8,3	672	10,3	–129	–2,0
2011	530	8,1	667	10,2	–137	–2,1
	Neue Länder[2]					
1950	304	16,5	220	11,9	+84	+4,6
1960	293	16,9	234	13,5	+59	+3,4
1970	237	13,9	241	14,1	–4	–0,2
1980	245	14,6	238	14,2	+7	+0,4
1990	178	11,1	208	12,9	–30	–1,8
2000	111	7,3	160	10,5	–49	–3,2
2010	102	7,9	155	12,0	–53	–4,1
2011	99	7,7	154	12,0	–55	–4,3

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.
1 Bis 2000 einschließlich Berlin-West, seit 2001 ohne Berlin-West.
2 Bis 2000 einschließlich Berlin-Ost, seit 2001 ohne Berlin-Ost.

5 Millionen. Im Jahr 2011 stieg es wieder auf 5,4 Millionen an.

Binnenwanderung

Im Jahr 2011 wechselten 3,7 Millionen Personen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die sogenannte Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohnerinnen und Einwohner eines Gebiets ihre Wohnsitzgemeinde wechseln. Im Jahr 2011 betrug die Mobilitätsziffer rund 46, das heißt mehr als jeder zwanzigste Einwohner zog im Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere um.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung in Deutschland entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. In den 1970er-Jahren verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,6 Millionen auf 2,9 Millionen. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 48. Dieser Rückgang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein: Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und wirkten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht aus. Bis Ende der 1980er-Jahre sank die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiter auf 2,5 Millionen Umzüge (41 Umzüge je 1 000 Einwohner). Mit der Öffnung der Grenzen im Osten und der deutschen Vereinigung stieg die Binnenwanderung bis 1997 wieder an auf über 4 Millionen Umzüge pro Jahr

▶ Tab 6 Wanderungen innerhalb Deutschlands über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen

	Wanderungen über die					
	Gemeindegrenzen		Kreisgrenzen		Landesgrenzen	
	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner/-innen[1]	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner/-innen[1]	Anzahl in 1 000	je 1 000 Einwohner/-innen[1]
	Früheres Bundesgebiet					
1970	3 662	59,8	2 942	48,1	1 118	18,5
1980	3 024	49,2	2 304	37,5	820	13,4
1985	2 572	42,1	1 850	30,3	640	10,5
1990	2 970	47,4	2 185	34,9	841	13,4
	Deutschland					
1991	3 402	42,8	2 494	31,4	1 127	14,2
1995	3 951	48,5	2 722	33,4	1 069	13,1
2000	3 892	47,3	2 700	32,9	1 137	13,8
2005	3 655	44,3	2 548	30,9	1 071	13,0
2010	3 576	43,7	2 538	31,1	1 062	13,0
2011	3 739	45,7	2 661	32,5	1 113	13,6

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.
1 Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

▶ Tab 7 Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern

	Zuzüge aus den neuen Ländern und Berlin-Ost ins frühere Bundesgebiet	Zuzüge in die neuen Länder und Berlin-Ost aus dem früheren Bundesgebiet	Wanderungssaldo des früheren Bundesgebietes gegenüber den neuen Ländern und Berlin-Ost
1950	302 808	39 986	+262 822
1960	247 751	25 429	+222 322
1970	20 664	2 082	+18 582
1980	15 774	1 560	+14 214
1989	388 396	5 135	+383 261
1990	395 343	36 217	+359 126
1991	249 743	80 267	+169 476
1992	199 170	111 345	+87 825
1994	163 034	135 774	+27 260
1996	166 007	151 973	+14 034
1998	182 478	151 750	+30 728
2000	214 456	153 179	+61 277
2002[1]	216 165	139 412	+76 753
2004[1]	185 878	133 349	+52 529
2006[1]	173 602	122 918	+50 684
2008[1]	173 996	132 577	+41 419
2010[1]	146 071	136 188	+9 883
2011[1]	150 617	141 732	+8 885

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.
1 Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West; neue Länder und Berlin.

▶ Tab 8 **Zuzüge von Aussiedlerinnen und Aussiedlern**

	Insgesamt	Darunter aus		
		der ehemaligen Sowjetunion[1]	Polen	Rumänien
1950–1959	438 225	13 604	292 157	3 454
1960–1969	221 516	8 571	110 618	16 294
1970–1979	355 381	56 583	202 718	71 417
1980–1989	984 087	176 565	632 803	151 161
1990–1994	1 291 112	911 407	199 614	171 900
1995–1999	738 064	718 634	4 455	14 440
1999–2004	417 493	413 596	2 382	1 396
2005	35 522	35 396	80	39
2006	7 747	7 626	80	40
2007	5 792	5 695	70	21
2008	4 362	4 301	44	16
2009	3 360	3 292	45	23
2010	2 350	2 297	34	15
2011	2 148	2 092	33	21

Seit 1993 einschließlich nicht deutscher Angehöriger von Aussiedlern.
1 Beziehungsweise Nachfolgestaaten.
Quelle: Bundesverwaltungsamt Köln.

(49 Umzüge je 1 000 Einwohner). Es folgten bis 2006 ein Rückgang und in den folgenden fünf Jahren eine Stabilisierung bei jährlich rund 44 bis 46 Umzügen je 1 000 Einwohner.

Im Jahr 2011 fanden etwa 23 % der Umzüge (rund 1,1 Millionen) zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises, 33 % (rund 1,5 Millionen) zwischen Kreisen eines Bundeslandes und 24 % (rund 1,1 Millionen) zwischen Bundesländern statt. ▶ Tab 6

Bei der Binnenwanderung kommt den Wanderungsströmen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern eine besondere Bedeutung zu. Zwischen 1989 und 1991 war eine hohe Abwanderung von Ost nach West festzustellen. In den Folgejahren bis 1996 war die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern gegenläufig: Die Zuzüge aus den neuen Ländern verringerten sich, die Wanderungen nach Osten stiegen, sodass der Wanderungssaldo 1997 nur noch 10 000 Personen betrug. Ab 1998 kam eine neue Wanderungswelle von Ost nach West (Wanderungssaldo 2001: 98 000), die nach 2001 langsam zurückging. Im Jahr 2011 betrug der Wanderungssaldo nur noch 8 900 Personen. ▶ Tab 7

Außenwanderung

Die Außenwanderung war kurz nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem durch die Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland geprägt. Zwischen 1950 und 1961 folgte eine Zuwanderung aus der ehemaligen DDR: So wurden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 rund 2,6 Millionen Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler im früheren Bundesgebiet aufgenommen. Ferner kamen zwischen 1950 und 2006 rund 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler in das frühere Bundesgebiet beziehungsweise seit 1990 nach Deutschland. Davon waren rund 2,3 Millionen Personen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie deren Nachfolgestaaten, 1,4 Millionen kamen aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000 Personen die mit Abstand höchste Zahl von Aussiedlerinnen und Aussiedlern aufgenommen. In den folgenden Jahren bis 1995 waren es jährlich zwischen 220 000 und 230 000 Personen. Danach gingen die Zahlen stetig zurück. Im Jahr 2011 wurden nur noch rund 2 000 Aussiedlerinnen und Aussiedler aufgenommen. ▶ Tab 8

Durch die Zuwanderung aus dem Osten (aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der ehemaligen DDR sowie durch Aussiedlerinnen und Aussiedler) gab es für die Bundesrepublik bis Anfang des zweiten Jahrtausends einen Zuwanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungsverluste beobachtet; es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland zuziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist der oben beschriebene Rückgang der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die nach Deutschland kamen. Zeitgleich stiegen die Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. Allerdings hat sich die Abwanderung seit Beginn der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 wieder reduziert. In den 1990er-Jahren bewegten sich die Fortzüge bei den Deutschen um 110 000 Fälle pro Jahr. Im Jahr 2008 lagen sie bei 175 000 und 2011 bei 140 000.

Aus den Abwanderungszahlen lassen sich keine Aussagen zum Hintergrund der Fortzüge ableiten, da die Gründe für die Fortzüge bei den Meldeämtern nicht erfasst werden. So ist keine Differenzierung möglich, ob der Fortzug eine Auswanderung auf Dauer oder nur eine befristete Ausreise ist. Es wird auch nicht erfasst, ob es sich bei den Abwandernden um Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Eingebürgerte oder Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt. Hauptzielländer von auswandernden Deutschen waren im Jahr 2011 die Schweiz, die Vereinigten Staaten und Österreich. ▶ Tab 9

Seit Anfang der 1960er-Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen zuerst durch die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Wanderungsströme ausländischer Staatsangehöriger zwischen dem früheren Bundes-

▶ Tab 9 **Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland**

	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
1950–1953	374 177	.	.	462 279	.	.
1954–1959	1 038 759	477 414	561 345	955 190	638 657	316 533
1960–1969	6 257 185	724 624	5 532 561	4 239 458	789 119	3 450 339
1970–1979	7 002 667	783 306	6 219 361	5 439 852	543 843	4 896 009
1980–1989	6 145 117	1 323 089	4 822 028	4 685 932	635 814	4 050 118
1990–1999	10 890 238	2 755 154	8 135 084	7 023 809	1 147 745	5 876 064
2000–2005	4 819 420	1 043 329	3 776 091	3 856 148	761 183	3 094 965
2006	661 855	103 388	558 467	639 064	155 290	483 774
2007	680 766	106 014	574 752	636 854	161 105	475 749
2008	682 146	108 331	573 815	737 889	174 759	563 130
2009	721 014	114 700	606 314	733 796	154 988	578 808
2010	798 282	114 752	683 530	670 605	141 000	529 605
2011	958 299	116 604	841 695	678 969	140 132	538 837

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.
Bis einschließlich 1990 Angaben für das frühere Bundesgebiet.
. Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

gebiet und dem Ausland verzeichneten ein relativ hohes Wanderungsvolumen mit jährlich hohen Zu- und Fortzugszahlen. Dabei war der Wanderungssaldo zeitweilig positiv und zeitweilig negativ und spiegelte den Konjunkturverlauf in Deutschland wider.

Seit Mitte der 1970er-Jahre wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer von anderen Faktoren beeinflusst, zum Beispiel dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunftsländern. Dies zeigt sich aktuell in der Zunahme der Zuzüge aus den Ländern, die von der Finanzmarktkrise besonders betroffen sind. So stiegen die Zuzüge zwischen 2009 und 2011 aus Griechenland um 173 % und aus Spanien um 76 %.

Zudem wirkten sich die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Neuregelungen wie die des Jahres 1993. Die letzteren Regelungen bewirkten zum Beispiel, dass Einreisen zum Zweck der Asylsuche nach 1993 erheblich zurückgingen. Zunehmend wurde die Zuwanderung auch durch Beschlüsse auf Ebene der Europäischen Union (EU) beeinflusst, unter anderem durch EU-Erweiterungen, Freizügigkeitsregelungen, Abkommen mit EFTA-Ländern, also Ländern der Europäischen Freihandelszone oder veränderten Visa-Regelungen. Dies zeigt sich beispielsweise in der schnellen Zunahme der Zuzüge aus vielen Ländern, die 2004 beziehungsweise 2007 der EU beigetreten sind. Auch haben 2011 – nach Ablauf der letzten Einschränkungen zum Arbeitsmarktzugang für die 2004 beigetretenen Länder – die Zuzüge von dort stark zugenommen.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,2 Millionen ihren bisher höchsten Stand erreicht. Gründe waren die Öffnung der Grenzen zu Osteuropa und die Flucht vieler Menschen vor dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien. Danach war die Tendenz mit einigen Schwankungen bis 2006 eher rückläufig. So kamen 2006 rund 558 000 Menschen nach Deutschland. In den Folgejahren stieg die Zuwanderung erheblich, zuletzt wurden 2011 rund 842 000 Zuzüge ausländischer Personen verzeichnet.

Die Hauptherkunftsländer waren 2011 mit Abstand Polen (163 000 Zuzüge), gefolgt von Rumänien (95 000 Personen) und Bulgarien (51 000 Personen). Fast zwei Drittel der Personen (64 % beziehungsweise 542 000) kamen aus der EU, 22 % (188 000 Personen) aus dem außereuropäischen Ausland und 13 % aus einem sonstigen Land aus Europa (111 000 Personen).

Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Personen ihren höchsten Stand. Danach war die Tendenz bis 2007 rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997, 1998 und 2004 infolge der Rückkehr bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge.

Die Fortzugszahlen zwischen 2008 und 2010 sind durch bundesweite Bereinigungen der Melderegister überhöht und mit den Vor- und Folgejahren nicht vergleichbar. Die Bereinigungen führten zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen, die sich in den Fortzugszahlen niedergeschlagen haben.

Der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen den Zuzügen und Fortzügen, war seit Beginn der Statistik in den 1950er-Jahren überwiegend positiv. Lediglich in konjunkturell schlechten Zeiten der 1960er- und 1970er-Jahre, in der Zeit des Rückkehrhilfegesetzes in den 1980er-Jahren und nach Kriegsende in Bosnien 1997/98 fiel der Saldo negativ aus.

Die höchsten Wanderungsüberschüsse (mehr als 600 000 Personen Zugewinn pro Jahr) wurden um die Wende in der ehemaligen DDR zwischen 1989 und 1992 verzeichnet – als Folge der hohen Zuwanderung in diesen Jahren.

1.1.4 Demografischer Wandel

Der demografische Wandel in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten große Herausforderungen für Wirtschaft und soziale Sicherungssysteme mit sich bringen. Seit etwa 40 Jahren reicht die Zahl der geborenen Kinder nicht aus, um die Elterngeneration zu ersetzen. Es sterben mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Ohne Zuwanderung aus dem Ausland würde Deutschlands Bevölkerung bereits seit langem rapide schrumpfen und noch schneller »altern«. Langfristig wird die immer weiter aufgehende Schere zwischen der Zahl der Geborenen und der Zahl der Gestorbenen nicht durch Zuwanderung zu schließen sein. Dazu wären weit höhere Wanderungsüberschüsse nötig als in der Vergangenheit. Bereits jetzt hat der demografische Wandel starke Spuren am Altersaufbau der Bevölkerung hinterlassen: Auf die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er-und 1960er-Jahre folgen weit geringer besetzte jüngere Jahrgänge. Mit dem fortschreitenden Alter der sogenannten »Baby-Boomer-Generation« wird deshalb auch die Bevölkerung Deutschlands stärker als bisher »altern«. Dieser Effekt wird durch die zunehmende Lebenserwartung der älteren Menschen noch verstärkt.

Die jährliche Geburtenhäufigkeit nahm in den alten Bundesländern ab Mitte der 1960er-Jahre stark ab und stabilisierte sich seit Ende der 1970er-Jahre auf niedrigem Niveau. Die sogenannte zusammengefasste Geburtenziffer beträgt hier seit fast 40 Jahren rechnerisch 1,3 bis 1,4 Kinder je Frau. In der ehemaligen DDR war es in den 1970er-Jahren auch zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl gekommen, dem aber bald ein Anstieg folgte. Bis Mitte der 1980er-Jahre nahm die Geburtenhäufigkeit wieder ab. Anfang der 1990er-Jahre kam es nach der deutschen Vereinigung im Osten Deutschlands zu einem vorübergehenden starken Einbruch der Geburtenzahlen. Inzwischen liegt die durchschnittliche Kinderzahl in den neuen Ländern mit 1,43 Kindern je Frau über der durchschnittlichen Kinderzahl im Westen (1,36). ▶ Abb 3

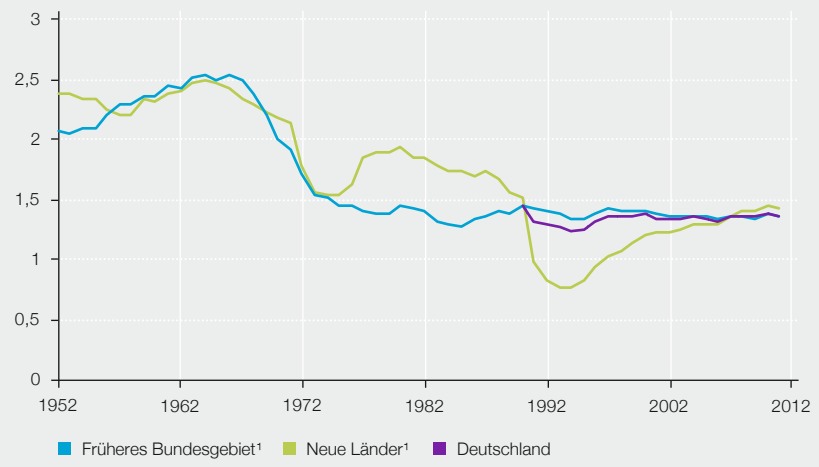
Die Lebenserwartung ist in den letzten hundert Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte lange die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug im Zeitraum 1871/1881 die durchschnittliche Lebenserwartung für neugeborene Jungen 36 Jahre und für neugeborene Mädchen 38 Jahre. Aber schon für Zehnjährige, die die Risiken der frühkindlichen Phase hinter sich gelassen hatten, lag die weitere Lebenserwartung bei 47 Jahren (Jungen) beziehungsweise bei 48 Jahren (Mädchen). Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung – nach der sogenannten Sterbetafel 2009/2011 – für Jungen 78 Jahre beziehungsweise 83 Jahre für Mädchen. Innerhalb von etwa 130 Jahren hat sich die Lebenserwartung neugeborener Jungen und Mädchen in Deutschland somit mehr als verdoppelt. In den letzten Jahrzehnten ist auch die Lebenserwartung der älteren Menschen deutlich angestiegen. Heute haben 60-jährige Männer im Durchschnitt noch weitere 21 Jahre, gleichaltrige Frauen 25 Jahre vor sich. Das sind 9 Jahre mehr bei den Männern und 12 Jahre mehr bei den Frauen als 1871/1881. ▶ Tab 10

In den kommenden Jahrzehnten werden der Rückgang der Bevölkerungszahl und die Alterung kennzeichnend für die demografische Entwicklung sein. Dies lässt sich anhand von Bevölkerungsvorausberechnungen darstellen. ▶ Info 3

Im Folgenden werden Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung anhand von zwei Varianten zur »mittleren« Bevölkerung dargestellt. Diese ergeben sich unter folgenden Annahmen:

1) annähernd konstante Geburtenhäufigkeit von etwa 1,4 Kindern je Frau bei einem steigenden durchschnittlichen Alter der Mütter bei der Geburt,
2) Zunahme der Lebenserwartung gegenüber dem Basiszeitraum (2007 bis 2009) um etwa acht Jahre für neugeborene Jungen und sieben für neugeborene Mädchen,
3) Wanderungsgewinne von jährlich 100 000 beziehungsweise 200 000 Personen.

▶ Abb 3 **Zusammengefasste Geburtenziffer — Kinder je Frau**



Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.
Geburtenziffer = Durchschnittliche Zahl der lebendgeborenen Kinder je Frau in einem Kalenderjahr.
1 Seit 2001 ohne Berlin.

▶ Tab 10 **Durchschnittliche Lebenserwartung 1871/1881 und 2009/2011 — in Jahren**

Alter in Jahren	Jungen/Männer		Mädchen/Frauen	
	1871/1881	2009/2011	1871/1881	2009/2011
0	35,6	77,7	38,5	82,7
1	46,5	77,0	48,1	82,0
5	49,4	73,1	51,0	78,0
10	46,5	68,1	48,2	73,1
20	38,4	58,3	40,2	63,2
30	31,4	48,6	33,1	53,3
40	24,5	38,9	26,3	43,5
50	18,0	29,7	19,3	34,0
60	12,1	21,3	12,7	25,0
70	7,3	13,9	7,6	16,5
80	4,1	7,8	4,2	9,1
90	2,3	3,8	2,4	4,3

Ergebnisse des Zensus 2011 sind hier nicht berücksichtigt.
1871/1881: Deutsches Reich; 2009/2011: Deutschland.

▶ Info 3

Bevölkerungsvorausberechnung

Das Ziel von Bevölkerungsvorausberechnungen ist es, mit Fortschreibungsverfahren zu zeigen, wie sich die Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln werden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen – wie das Geburtenverhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen – mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bund und Länder basiert auf dem Stand zum Jahresende 2008 und zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060. Die Vorausberechnung beruht dabei auf Annahmen zur künftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland (Wanderungssaldo). Insgesamt ergeben sich aus drei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und jeweils zwei Annahmen zur Lebenserwartung und zum Wanderungssaldo zwölf Varianten der künftigen Entwicklung.

Eine ausführliche Beschreibung der Annahmen und Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist unter www.destatis.de abrufbar.

Diese beiden Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Die beiden Varianten werden als Unter- und Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung bezeichnet.

Aus der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ergibt sich für die nächsten Jahrzehnte folgendes Bild: Die Bevölkerungszahl nimmt ab, die Anzahl der älteren Menschen wächst über lange Zeit. Die Zahl der Jüngeren geht außerdem zurück, sodass sich die Verhältnisse zwischen den Altersgruppen erheblich verschieben. Zu diesem Bevölkerungsrückgang kommt es, weil – wie schon seit fast 40 Jahren – voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten mehr Menschen sterben werden, als Kinder zur Welt kommen. Die angenommenen Zuwanderungen aus dem Ausland reichen nicht aus, um den sogenannten Sterbefallüberschuss auszugleichen. Das Geburtendefizit wird sich künftig erheblich vergrößern. Zurzeit beträgt es etwa 190 000. Im Jahr 2020 wird es auf mehr als 280 000 steigen und 2060 rund 550 000 betragen. Die Zahl der jährlichen Geburten wird von heute etwa 660 000 auf rund 500 000 sinken. Die Zahl der Sterbefälle wird von 850 000 auf fast 1,1 Millionen Anfang der 2050er-Jahre steigen und im Jahr 2060 rund 1 Million betragen.

Die künftig sinkenden Geburtenzahlen folgen auch aus der von Generation zu Generation sinkenden Anzahl junger Frauen: Bei einer Geburtenhäufigkeit unter dem sogenannten Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau bringen heute Frauen weniger Kinder zur Welt, als es für den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre. Die jetzt geborenen Mädchenjahrgänge sind also zahlenmäßig kleiner als die ihrer Mütter. Sind diese Mädchen einmal erwachsen, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil dann auch weniger potenzielle Mütter leben. Die Zahl der Frauen im geburtsfähigen Alter (statistisch gesehen von 15 bis 49 Jahren) wird bis zum Jahr 2060 um etwa ein Drittel abnehmen: auf 11,5 Millionen nach der Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung und auf 12,7 Millionen nach der Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung.

Die Zahl der Sterbefälle hängt einerseits von der Lebenserwartung und anderseits vom Altersaufbau der Bevölkerung ab. Die Lebenserwartung steigt zwar weiter an, da aber immer mehr Menschen aus den stark besetzten Jahrgängen ins hohe Alter wechseln und schließlich sterben werden, wird die Zahl der Sterbefälle steigen.

Der Bevölkerungsrückgang wird zunächst moderat ausfallen. Im Jahr 2020 werden nach beiden Varianten der »mittleren« Bevölkerung voraussichtlich etwa 2 % weniger Menschen als heute in Deutschland leben, 2030 etwa 5 % (Untergrenze) beziehungsweise 3 % weniger (Obergrenze). Im Jahr 2060 schließlich werden es rund 21 % beziehungsweise 14 % weniger sein. Absolut wird sich die Einwohnerzahl von 81,8 Millionen Anfang des Jahres 2013 auf 64,7 beziehungsweise 70,1 Millionen im Jahr 2060 vermindern.

Auch die Relation zwischen Alt und Jung wird sich stark verändern: Ende 2009 waren noch fast 19 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, etwa 21 % waren 65 Jahre und älter. Personen im soge-

nannten Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) stellten etwa 61 %. Im Jahr 2060 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter, etwa ein Drittel 65 Jahre oder älter und rund 16 % unter 20 Jahren alt sein. ▸ Abb 4

Schon bis zum Jahr 2020 wird es voraussichtlich im Vergleich zu 2009 über 1,5 Millionen oder rund 11 % unter 20-Jährige weniger geben und ihre Anzahl wird dann weiter deutlich abnehmen. Während dabei die Zahl der Kinder im Vorschulalter (unter sechs Jahren) nur um etwa 3 % sinkt, fallen die Zahlen der 6- bis 15-Jährigen wie auch die der 16- bis 19-Jährigen erheblich stärker, und zwar um 12 % beziehungsweise sogar 17 %.

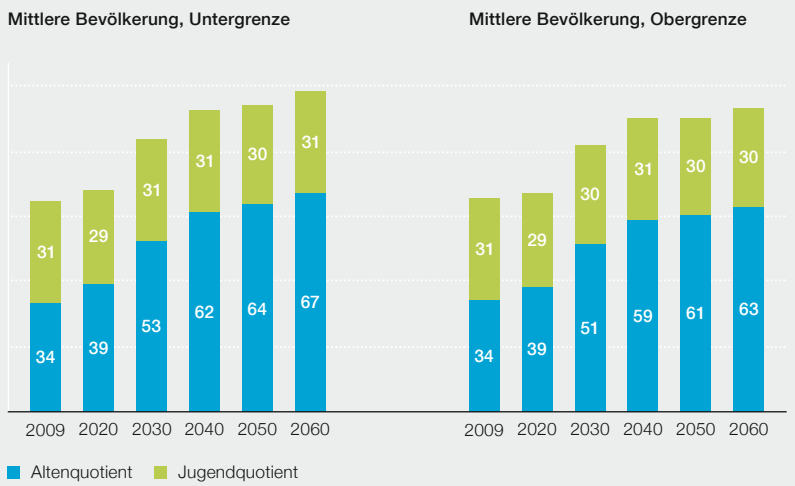
Auch die Bevölkerung im Erwerbsalter »altert« und »schrumpft« langfristig. Heute gehören etwa 50 Millionen der Altersgruppe von 20 bis 64 Jahren an. Ihre Zahl wird voraussichtlich nach 2020 deutlich zurückgehen. Im Jahr 2035 wird sie zwischen 39 und 41 Millionen liegen und 2060 zwischen 33 und 36 Millionen (Unter- beziehungsweise Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung). Zusätzlich wird die Bevölkerung im Erwerbsalter immer älter werden: Ende 2009 gehörten 20 % der Menschen im erwerbsfähigen Alter zur jüngeren Gruppe der 20- bis 29-Jährigen, 48 % zur mittleren Altersgruppe von 30 bis 49 Jahren und 32 % zur älteren von 50 bis 64 Jahren. Während die junge Gruppe schrumpfen wird, bleibt ihr Anteil an allen Personen im Erwerbsalter fast konstant. Anders entwickeln sich die beiden anderen Gruppen der Bevölkerung im Erwerbsalter. Eine besonders einschneidende Veränderung der Altersstruktur erwartet die deutsche Wirtschaft bereits in etwa zehn Jahren. Dann wird das Erwerbspotenzial jeweils zu etwa 40 % aus den 30- bis 49-Jährigen und aus den 50- bis 64-Jährigen bestehen. Anschließend, wenn die stark besetzen 1960er-Jahrgänge das Rentenalter erreichen, verschiebt sich der Altersaufbau der Bevölkerung im Erwerbsalter wieder geringfügig zugunsten der mittleren Altersgruppe. Eins ist jedenfalls sicher: das Erwerbspersonenpotenzial wird in den kommenden Jahrzehnten zu einem erheblichen Teil aus Menschen bestehen, die älter als 50 Jahre sind.

Auch die Zahl der 65-Jährigen und Älteren wird ansteigen, bis zum Ende der 2030er-Jahre voraussichtlich um über 40 %: von etwa 17 Millionen im Jahr 2009 auf rund 24 Millionen Personen. Danach wird sie vermutlich leicht zurückgehen. Die Bevölkerung ab 80 Jahren wird von etwa 4 Millionen im Jahr 2009 auf rund 10 Millionen im Jahr 2050 zunehmen und dann auf etwa 9 Millionen im Jahr 2060 absinken. Das bedeutet, dass

▸ Abb 4 **Altersaufbau der Bevölkerung in den Jahren 2009 und 2060 — in Millionen (in Prozent)**

2009: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2009.
2060: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (»mittlere« Bevölkerung Unter- und Obergrenze); animierte Variante unter www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/

▶ Abb 5 **Entwicklung des Alten- und Jugendquotienten**



Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.
Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.
Ab 2020 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

dann beinahe jeder siebte Mensch in Deutschland 80 Jahre oder älter sein wird.

Der Alterungsprozess wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung der Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten betrachtet. Auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) entfallen heute 31 unter 20-Jährige. Dieser sogenannte Jugendquotient wird voraussichtlich auch im Jahr 2060 bei 31 liegen. ▶ Abb 5

Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden jedoch künftig immer mehr Seniorinnen und Senioren gegenüberstehen. Im Jahr 2009 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) 34 Ältere (65 oder mehr Jahre). Im Jahr 2030 wird dieser Altenquotient 53 beziehungsweise 51 und im Jahr 2060 dann 67 beziehungsweise 63 betragen. Auch bei einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wäre der Altenquotient für 67-Jährige und Ältere 2060 deutlich höher (59 beziehungsweise 56), als es heute der Altenquotient für 65-Jährige und Ältere ist.

Der Gesamtquotient, das heißt das Verhältnis zwischen den Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsalter stehen, zu den Personen im Erwerbsalter wird durch die Entwicklung des Altenquotienten geprägt sein. Im Jahr 2009 kamen 65 Personen außerhalb des Erwerbsalters (unter 20-Jährige sowie ab 65-Jährige) auf 100 im Erwerbsalter (Personen zwischen 20 und 64 Jahren), 2030 werden es 84 beziehungsweise 82 und 2060 dann 98 beziehungsweise 94 sein.

Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt, dass die Alterung der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten nicht zu vermeiden ist. Die aktuelle Altersstruktur führt dazu, dass ab den 2020er-Jahren sehr starke Jahrgänge im Rentenalter verhältnismäßig schwach besetzten Jahrgängen im Erwerbsalter gegenüberstehen werden. Der geburtenstärkste Jahrgang der Nachkriegszeit 1964 wird 2029 die Grenze von 65 Jahren erreicht haben.

Von diesen Veränderungen werden viele Lebensbereiche betroffen sein. Sie werden nicht erst in 50 Jahren spürbar werden, sondern auch schon in den nächsten Jahrzehnten eine große Herausforderung darstellen.

1.1.5 Zusammenfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets zunächst vor allem auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reiches und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. Im Jahr 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Millionen, was einem Anteil an der Bevölkerung von 17 % entsprach. Zwischen 1950 und 1961 trug die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR maßgeblich zum Bevölkerungszuwachs bei. So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Millionen Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler Aufnahme im früheren Bundesgebiet. Zeitgleich gab es von 1947 bis Anfang der 1970er-Jahre erheblich mehr Geburten als Sterbefälle, die ebenfalls zur Bevölkerungszunahme im früheren Bundesgebiet beitrugen.

Seit Mitte der 1960er-Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet beziehungsweise (ab November 1990) in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderungen von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst.

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst an, und zwar bis auf rund 19 Millionen im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als »Neubürger« oder »Umsiedler« bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Millionen. Dies entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 22 %. Nach 1948 ging die Einwohnerzahl bis zum Mauerbau 1961 – hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet – Jahr für Jahr zurück. Im Jahr 1961 lag sie bei 17,1 Millionen.

Durch die hermetische Abriegelung konnte der Bevölkerungsrückgang jedoch

nur vorübergehend gestoppt werden. Im Jahr 1973 sank die Einwohnerzahl auch bedingt durch Geburtendefizite unter die 17-Millionen-Grenze. Zwischen 1990 und 2011 bewirkten hohe Abwanderungszahlen in die westlichen Bundesländer, in Kombination mit gesunkenen Geburtenzahlen nach der Wende und einer schwachen Außenwanderung im Osten einen weiteren Rückgang der Bevölkerung um 1,9 Millionen Personen.

Kennzeichnend für den demografischen Wandel werden in den kommenden Jahrzehnten der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung sein. Ausgehend von einer Bevölkerungszahl von etwa 81,8 Millionen wird nach der 12. koordinierten Vorausberechnung (Varianten zur »mittleren« Bevölkerung) die Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2060 auf 65 Millionen beziehungsweise 70 Millionen Menschen absinken. Die Relation zwischen Alt und Jung wird sich stark verändern. Ende 2009 waren etwa 19 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen etwa 21 %. Rund 61 % stellten Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre). Im Jahr 2060 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter sein, während ein Drittel 65 Jahre oder älter und etwa 16 % jünger als 20 Jahre sein werden.

1.2 Demografischer Wandel: Sterblichkeit und Hochaltrigkeit

Rembrandt Scholz
Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock

WZB/SOEP

1.2.1 Einleitung

Demografischer Wandel ist auch in Deutschland mit der Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung verbunden. Beide Entwicklungen werden hauptsächlich durch den Rückgang und das anhaltend niedrige Niveau der Fertilität (circa 1,4 Kinder je Frau) verursacht (siehe auch Kapitel 1.1.2 und 1.3). Seit etwa 40 Jahren wird die Elterngeneration nur zu zwei Dritteln durch Geburten ersetzt. Somit verschiebt sich die Altersstruktur der Bevölkerung in das höhere Alter. Eine weitere Ursache der Alterung der Bevölkerung ist die Lebensverlängerung durch Verschiebung des Sterbens in ein höheres Alter. Die Zunahme der Lebenserwartung und die Zunahme von Hochaltrigen in der Bevölkerung ist das Thema des folgenden Beitrages.

In den letzten 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung in Deutschland verdoppelt; in den letzten 50 Kalenderjahren gab es eine Zunahme von elf Lebensjahren. Die Entwicklung der Sterblichkeit ist das Resultat der Verbesserung des Lebensniveaus und des medizinischen Fortschrittes. Die allmähliche Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland konnte sich auch in der Angleichung der Lebenserwartung abbilden. Frauen aller Altersgruppen und Männer im Alter oberhalb von 60 Jahren haben von den Veränderungen nach der Wende am stärksten profitieren können. Die Lebenserwartung ist ein demografischer Indikator, der die Sterblichkeit mit Hilfe von Sterbetafeln bewertet. Mit der Sterbetafel werden die kumulative Wirkung der Einflüsse der Vergangenheit und die aktuelle Wirkung der Sterblichkeit auf die Lebenserwartung abgebildet. ▶ Info 1

Die wesentlichen Gründe für die Steigerung der Lebenserwartung sind Fortschritte durch bessere Ernährung, gesündere Wohnsituationen, Verbesserung der sozialen Sicherheit und der medizinischen Versorgung. Trotz der relativen

▶ Info 1

Sterbetafel

Die Sterbetafel zeigt die Altersverläufe der Sterblichkeit in einer Modellbevölkerung, welche nicht mehr von der realen Altersstruktur der Bevölkerung abhängig ist (Standardisierung). Mit der Sterbetafel werden standardisierte Alterungsmaße berechnet (zum Beispiel mittlere Lebenserwartung, normale Lebensdauer, wahrscheinliche Lebensdauer).

Das Rechenprinzip: Ein Anfangsbestand von 100 000 Personen wird der altersspezifischen Sterblichkeit der realen Bevölkerung ausgesetzt. Für jedes Altersjahr werden die Gestorbenen berechnet durch Multiplikation der Sterbewahrscheinlichkeiten (der realen Bevölkerung) mit dem Anfangsbestand. Die jeweils überlebenden Personen sind der Anfangsbestand des nächsten Altersjahres. Daraus ergeben sich die Altersverteilung der Überlebenden, der Gestorbenen und der verlebten Zeit. Mit steigendem Alter verringert sich die Zahl der Überlebenden, bis der gesamte Anfangsbestand gestorben ist.

Beziehen sich die Sterbewahrscheinlichkeiten auf ein Kalenderjahr (oder mehrere Jahre), spricht man von einer Periodentafel (Querschnitt), beziehen sie sich auf Geburtsjahrgänge, spricht man von Generationen- oder Kohortensterbetafel (Längsschnitt).

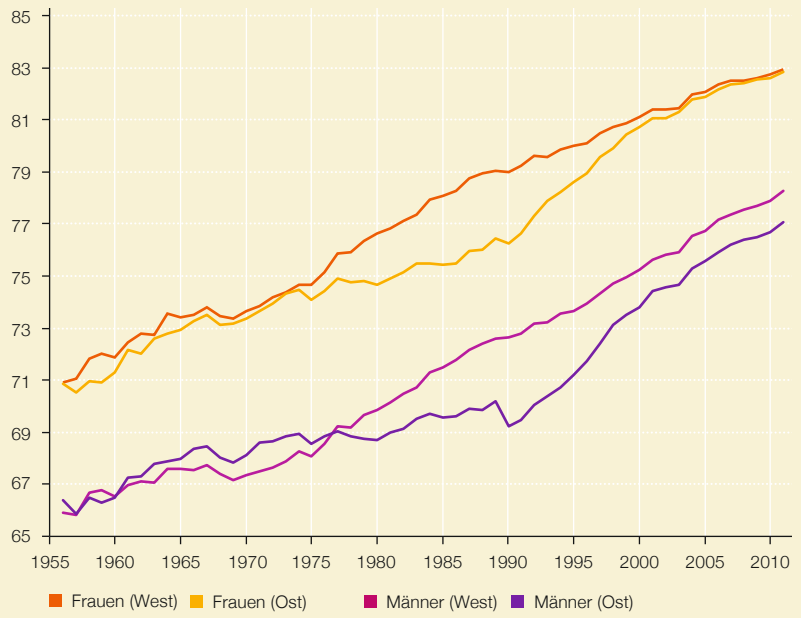
Während die Beobachtung der Sterblichkeit der Periodentafel sich auf den Querschnitt bezieht, hat die Kohortensterbetafel einen Beobachtungszeitraum von über 100 Jahren. Nicht vollständig beobachtete Geburtsjahrgänge werden durch Modellrechnungen und Annahmen ergänzt. Eine vollständige Generationensterbetafel würde gegenwärtig nur für Geburtsjahrgänge vorliegen, sofern der gesamte Jahrgang inzwischen auch tatsächlich verstorben ist.

Jede Sterbetafel hat die Einheit Personen-Jahre und kann in zwei Richtungen interpretiert werden: zum Zeitpunkt, dann entsprechen die Spalten der Sterbetafel einer Bevölkerung (Einheit: Personen; Sterblichkeitsmaß = Gestorbene der Sterbetafel/mittlere Bevölkerung der Sterbetafel) oder im Zeitverlauf dann sind die Altersjahre (Einheit: Jahre; Sterblichkeitsmaß = e0 = verlebte Zeit der Bevölkerung/Anfangsbestand).

Einheitlichkeit der Trends im internationalen Vergleich gibt es Unterschiede im Niveau zu verschiedenen Zeitpunkten. Es zeigt sich, dass die Lebensverlängerung bei Verschlechterung der Lebensbedingungen auch rückläufig sein kann. Es gibt keine Garantie für langes Leben – die individuelle Lebensspanne ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels individueller Faktoren, zum Beispiel der genetischen Disposition, der aktuellen Lebens- und Verhaltensweise und der allgemeinen Lebensbedingungen in früheren Lebensjahren. Es gibt Hinweise, dass Bildung eine wesentliche Rolle spielt. Menschen mit guter Bildung haben größere Chancen, bessere Lebensbedingungen und ein höheres Alter bei besserer Gesundheit zu erreichen (siehe Kapitel 8.3). Es ist auch bekannt, dass Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer. Dieser Sachverhalt führt zu einem höheren Anteil von Frauen im hohen Alter in Deutschland. Im Alter von 80 Jahren und älter kommen auf einen Mann etwa drei Frauen und im Alter von 100 Jahren und älter 7,5. Ursache dafür sind die unterschiedliche Sterblichkeit durch unterschiedliche biologische und soziale Risiken im Lebensverlauf.

Für die Sterblichkeit kann weltweit ein stetiger Trend festgestellt werden, bei dem die »Rekordlebenserwartung« linear ansteigt. Bei Lebensverlängerung wird die Sterblichkeit systematisch nach dem Alter in höhere Alter verschoben. Dieser Prozess hatte mit der Säuglings- und Kindersterblichkeit begonnen und setzte sich in den höheren Altersgruppen fort. Heute ist das Potential der weiteren Lebensverlängerung im jungen und mittleren Alter weitgehend ausgeschöpft, so dass nunmehr die Vermeidung von Sterblichkeit im hohen und höchsten Alter im Vordergrund steht. Seit den 1960er-Jahren ist die Zunahme der Bevölkerung im höchsten Alter empirisch sichtbar. Bislang sind für die menschliche Alterung keine biologischen Grenzen erkennbar. Es werden für die zukünftige Entwicklung stetige Verläufe vorausgesagt und in 100 Jahren könnte über die Hälfte eines Geburtsjahrganges das Alter von 100 Jahren erreichen.

▶ Abb 1 **Trend der mittleren Lebenserwartung (e0) in Deutschland 1956–2011 in Ost- und Westdeutschland nach Geschlecht — in Jahren**



Datenbasis: Human Mortality Database (HMD).

1.2.2 Entwicklung der Lebenserwartung

In der Abbildung 1 sind die Trends der durchschnittlichen Lebenserwartung (e0) in Deutschland nach Geschlecht und den Regionen nach Ost- und Westdeutschland dargestellt. Bis Mitte der 1960er-Jahre gibt es kaum Unterschiede, ab Anfang 1990 kommt es zu einer starken Angleichung der Lebenserwartung zwischen Ost- und Westdeutschland. Bei Frauen geht seit der Mitte der 1970er-Jahre eine Schere auf, nach 1990 beginnt eine Angleichung, seit 2003 ist die Sterblichkeit weitgehend angeglichen. Bei Männern waren die Lebenserwartungswerte im Zeitraum zwischen 1961 und 1976 im Osten Deutschlands günstiger, seit 1977 geht eine Schere auf, die sich nach 1991 zu schließen beginnt, ab 2003 bis heute verbleibt eine konstante Differenz von einem Lebensjahr.

Es zeigt sich, dass die Berücksichtigung der Merkmale Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Krankenversicherung und Staatsbürgerschaft geeignet sind, eine bis zu 50 % erhöhte Sterblichkeit der ostdeutschen Männer im Altersbereich von 35 bis 54 Jahre zu erklären. Die höhere Sterblichkeit in den neuen Ländern ist die Konsequenz einer im Vergleich zu den alten Ländern ungünstigeren Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich Altersstruktur, Ausländeranteil und sozioökonomischen Faktoren (Beschäftigungsstatus, Arbeitslosigkeit, Art der Tätigkeit). Werden diese Merkmale kontrolliert, kann nahezu die gesamte Differenz der Mortalität der Männer zwischen den beiden Regionen erklärt werden.

In Ost- und Westdeutschland haben offensichtlich unterschiedliche Arbeitsmarktlagen, selektive Zuwanderung aus dem Ausland sowie die Ost-West-Wanderungen einen Einfluss auf die Differenz

der Sterblichkeit. Es zeigt sich, dass Männer in Arbeitslosigkeit ein zweifach höheres Sterberisiko haben. Bei einer Angleichung der Arbeitsmarktsituation in Ost- und Westdeutschland wird ein Rückgang der Differenzen der Mortalität bei Männern erwartet. ▸ Abb 1

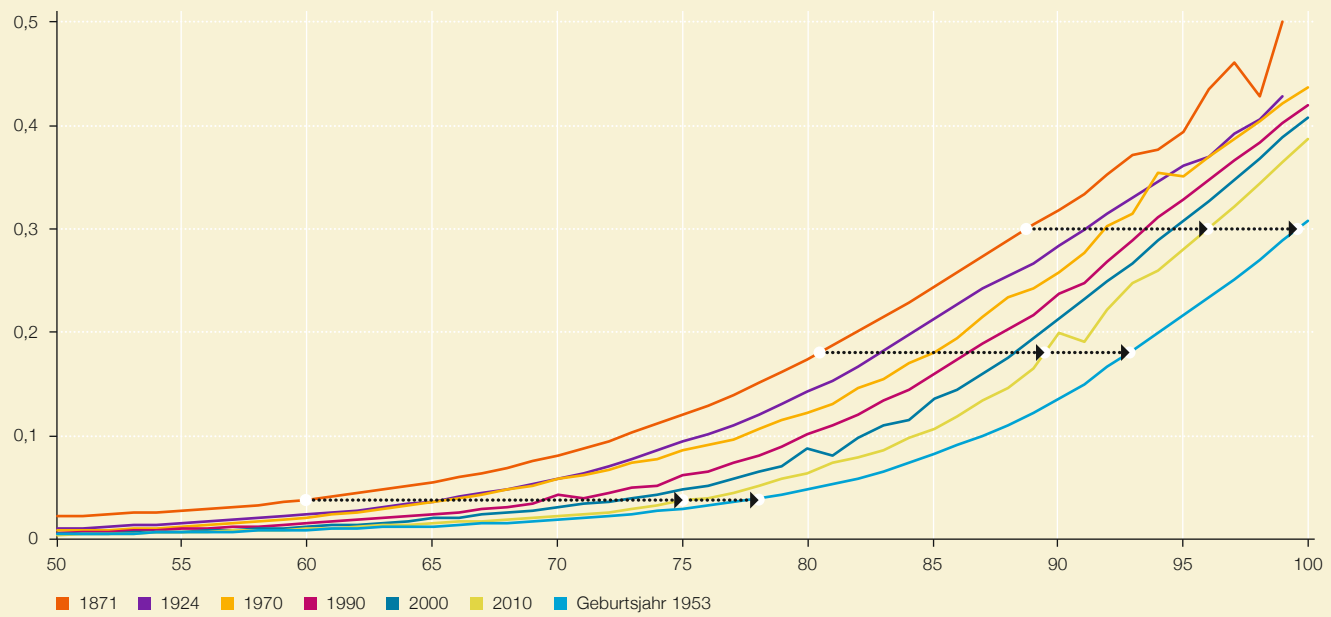
Die Rahmenbedingungen der medizinischen Versorgung waren in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich und haben sich nach der deutschen Vereinigung angeglichen, was die Ausstattung des ambulanten und stationären Bereiches, die Erbringung ärztlicher Leistungen, die medizintechnologischen Möglichkeiten und das Finanzierungsvolumen betrifft. Die Begrenzung der ökonomischen Ressourcen wirkte sich im Osten Deutschlands vor allem für Personen im höheren Alter ungünstig aus. Die Unterschiede im Bereich der medizinischen Versorgung sind heute vollständig ausgeglichen. Weitere die Lebenserwartung beeinflussende Merkmale sind Bildung und Einkommen, die mit der Rentenhöhe (kumuliertes Lebenszeiteinkommen) korrelieren. Bei Männern, die 32 und mehr Entgeltpunkte der gesetzlichen Rentenversicherung (siehe auch Kapitel 8.5) erworben haben, ergibt sich ein linearer Zusammenhang mit der Lebenserwartung; zudem gibt es keinen Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen im Alter ab 65 Jahre.

1.2.3 Verschieben von Sterblichkeit in das höhere Alter

In Abbildung 2 werden die Sterbewahrscheinlichkeiten von Männern ab dem Alter von 50 Jahren aus sogenannten »Periodensterbetafeln« zu verschiedenen Zeitpunkten für Deutschland (1871 bis 2010) dargestellt, zusätzlich für den Geburtsjahrgang 1953 die Generationensterbetafel (Statistisches Bundesamt Variante 2). Mit dieser Darstellung kann man die Sterbeverhältnisse einzelner Altersjahre über den Zeitraum von 1871 bis heute nachzeichnen. Dabei zeigt sich zum Beispiel für das Alter von 60 Jahren eine Verschiebung der Sterbeverhältnisse zwischen 1871 und 2010 um insgesamt 15 Jahre; bei der Berücksichtigung der künftigen Sterblichkeitsreduktion für den Geburtsjahrgang 1953 sind es dann insgesamt 18 Jahre. Die altersspezifischen Sterbeverhältnisse der 80-Jährigen von 1871 werden von dem Geburtsjahrgang 1953 im Kalenderjahr 2045 erst im Alter von 92 Jahren erreicht. ▸ Abb 2

In der Tabelle 1 werden die verschiedenen Mittelwerte von Sterbetafelfunktionen dargestellt, die geeignet sind, die Sterblichkeit und die Lebensdauer einer Bevölkerung zu beschreiben. Die Parameter der Sterbetafel hängen nicht von der Altersstruktur der Bevölkerung ab. ▸ Tab 1

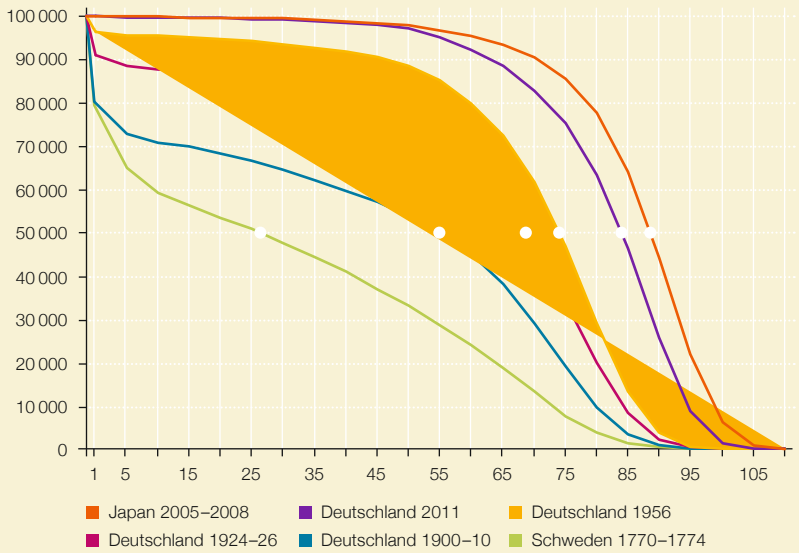
▸ Abb 2 **Altersverteilung der Sterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter von 50 Jahren (Männer) in Deutschland 1871–2010 und Geburtsjahr 1953**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt und Human Mortality Database (HMD).

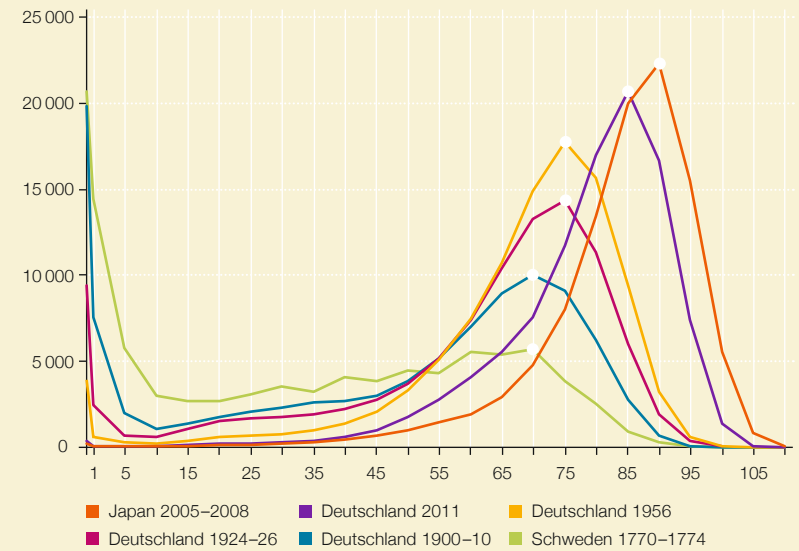
Über 50 % aller Sterbefälle finden heute im Alter oberhalb von 80 Jahren statt. Der arithmetische Mittelwert der Gestorbenen dx nach dem Alter ist die mittlere Lebenserwartung. Die normale Lebensdauer ist das sogenannte Dichtemittel der Altersverteilung der Gestorbenen dx, womit dasjenige Alter gemeint ist, in dem die meisten Personen des Anfangsbestandes versterben. Der Modal- oder Zentralwert der Überlebenden lx der Sterbetafel schließlich ist das Alter, bei dem 50 % des Anfangsbestandes verstorben sind. Die letztgenannte Kennziffer wird in Abbildung 3 für Frauen in Deutschland 1871 bis 2011 dargestellt, ergänzt um je eine Kurve für Schweden 1770/74 und Japan 2005/2008. Im historischen Vergleich verschiedener Zeiträume lassen sich die Veränderungen der Sterblichkeit durch die Änderung der Altersverteilungen an den Mittelwerten

▶ Abb 3 **Überlebende (lx) von 100 000 eines Geburtsjahrganges nach Alter (Frauen), Ländern und Kalenderzeiträumen**



Datenbasis: Berechnung nach Human Mortality Data Base; Periodensterbetafeln.

▶ Abb 4 **Gestorbene (dx) von 100 000 eines Geburtsjahrganges nach Alter (Frauen), Ländern und Kalenderzeiträumen**



Datenbasis: Berechnung nach Human Mortality Data Base; Periodensterbetafeln

▶ Tab 1 **Kennziffern zur Beschreibung von Lebensverlängerung in Deutschland 2009/11 nach Geschlecht, Lebensdauer — in Jahren**

	Männer	Frauen
Mittlere Lebenserwartung[1] (Arithmetisches Mittel von dx)	77,7	82,7
Wahrscheinliche Lebensdauer (Zentralwert, 50 % Wert von lx)	80,7	85,6
Normale Lebensdauer (Dichtemittel von dx)	83,0	89,0
Bereinigte Sterblichkeit (1 000/ex) (in = 0/000)	12,9	12,1

1 Synonym: Fernere Lebenserwartung (e0) oder Lebenserwartung der Nulljährigen oder der Neugeborenen.
Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Periodensterbetafeln für Deutschland. Eigene Berechnung.

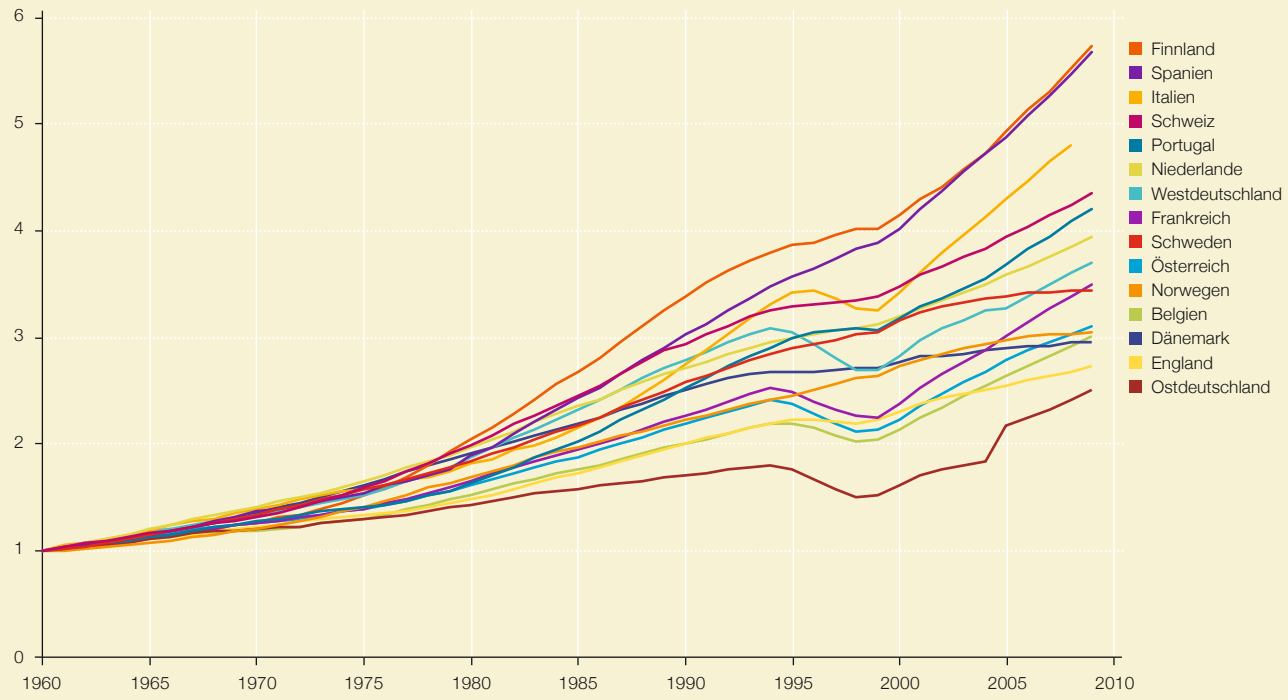
nachvollziehen. Der historische Prozess der Lebensverlängerung ist in allen Ländern sehr ähnlich. ▸ Abb 3

In der Abbildung 4 wird dieser Darstellung die Altersverteilung der Sterbefälle dx in den verschiedenen Zeiträumen gegenübergestellt. Es zeigen sich deutliche Verschiebungen der Sterbefälle in ein immer höheres Alter und die entsprechenden Änderungen der Dichtemittel. Bislang gibt es keine Anzeichen, dass sich diese Dynamik des Lebensverlängerungsprozesses abschwächt. Man kann also durchaus davon ausgehen, dass sich der Modalwert im Durchschnitt in den nächsten 100 Kalenderjahren in ein Alter von über 100 Lebensjahren verschiebt. ▸ Abb 4

Mit der Alterung der Bevölkerung steigt der Bedarf an verlässlichen Daten für das hohe Alter. Die amtliche Statistik liefert über die Bewegungsmengen der Bevölkerung wie Geburten und Gestorbene sowie Wanderungen verlässliche Daten, nicht aber über den Bevölkerungsbestand im höchsten Alter. Die Fortschreibung des Bevölkerungsbestandes wird schnell ungenau, wenn nicht in regelmäßigen Abständen Volkszählungen durchgeführt werden (siehe aber auch die entsprechende Bemerkung in Kapitel 1.1). Die hohen Altersklassen sind auch heute noch sehr schwach besetzt und daher anfällig für Fortschreibungsfehler. Das Problem wird in der Bevölkerungsstatistik nicht augenscheinlich, da mit einer nach oben offenen großen Altersklasse gearbeitet wird. Das führt dazu, dass die Entwicklungen der Sterblichkeit zum größten Teil in dieser hohen Altersgruppe stattfinden und nicht sichtbar sind.

Bis Mitte der 1990er-Jahre war über die Sterblichkeit von Personen, die älter als 80 Jahre sind, sehr wenig bekannt. Mit Modellannahmen des Sterblichkeitsverlaufes wurde über die empirische Unwissenheit hinweggeholfen. Erst durch die systematischen Sammlungen der Bevölkerungsdaten von Väinö Kannisto und Roger Thatcher erfolgte über den hohen Altersbereich eine international vergleichbare Sammlung und Aufbereitung dieser Daten. Die Bemühungen zielen darauf, den ungenauen Bestand der

▸ Abb 5 **Relative Zunahme der Personen im Alter von 80 Jahren und älter 1960–2009 (1960=1) für ausgewählter Länder in Europa**



Datenbasis: Kannisto-Thatcher-Database. Eigene Berechnungen.

Bevölkerung im höchsten Alter durch systematische Schätzungen zu ersetzen, die auf den Altersangaben der Sterbefälle beruhen. Die hohe Qualität der Bevölkerungsregister beispielsweise in den skandinavischen Ländern zeigt die Validität dieser Vorgehensweise.

Heute stehen diese Bevölkerungsdaten als Forschungsdatenbanken »Kannisto Thatcher Database« über die Population im hohen Alter und »Human Mortality Database« als internetverfügbare Datenbanken für die wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit unentgeltlich zur Verfügung (http://www.humanmortality.de und http://www.demogr.mpg.de/databases/ktdb). Für 38 Länder mit guter Bevölkerungsstatistik liegen detaillierte Daten auch für den höchsten Altersbereich vor, dabei auch für Deutschland nach Regionen.

In der Abbildung 5 ist die relative Entwicklung der Personen im Alter von 80 Jahren und älter relativ zum Bestand von 1960 dargestellt. Es zeigen sich für alle Länder starke absolute Zunahmen. Für einige Länder sind auch die Auswirkungen der Weltkriege sichtbar. Die wichtigste Ursache des Anstieges der Bevölkerungsanteile im höheren Alter ist der Sterblichkeitsrückgang nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders nach 1960. Bei den Hundertjährigen und Älteren ist die relative Zunahme am stärksten. Das extrem hohe Alter ist heute nach wie vor sehr selten und der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung ist sehr gering: sie beträgt weniger als ein halbes Prozent. ▸ Abb 5

Die Sterblichkeitsentwicklungen gehen bei beiden Geschlechtern systematisch vom hohen Alter in ein noch höheres Alter über. Im Jahr 1960 erreichen 20 % der Frauen und 15 % der Männer, die den 80. Geburtstag feiern konnten, das Alter von 90 Jahren. 40 Jahre später sind es 45 % der Frauen und 30 % der Männer. Die Anteile derer, die sogar die 100 Lebensjahre erreichen, sind deutlich geringer. Die Trends der Erhöhungen bei den Hundertjährigen setzen um 15 bis 20 Jahre später ein. In absoluten Zahlen gemessen ist das höchste Alter in der Bevölkerung sehr gering besetzt, hat sich aber stetig vervielfacht und wird auch in Zukunft weiter ansteigen.

Das individuelle Interesse alt zu werden und die Vermeidung von gesundheitlichen Risiken wirken sich auf die Lebenserwartung erhöhend aus. Allerdings gibt es eine Reihe von Verhaltensweisen und Gesundheitsrisiken, die von Teilen der Bevölkerung als erhöhtes Risiko in Kauf genommen werden (Alkohol, Rauchen, Übergewicht). Solange die betroffenen Bevölkerungsgruppen keiner Ausweitung unterliegen, ist auch in Zukunft von einem weiteren Lebenserwartungszuwachs auszugehen. Die sozialen Verbesserungen werden sich auch in einer Verbesserung des Gesundheitszustandes umsetzen. Es erreichen mehr Personen ein höheres Alter, aber diese Personen sind nicht unbedingt gesund.

Wer sehr lange lebt, unterliegt mit steigender Lebensdauer verstärkten Risiken von körperlichen und kognitiven Einschränkungen und Erkrankungen. Es liegen oft mehrere Krankheiten (Multimorbidität) vor. Generell bleiben ältere Menschen heute länger gesund und ihr Wohlbefinden hat sich erhöht. Auch künftig ist zu erwarten, dass die gesunden Lebensjahre und die behinderungsfreie Lebenserwartung zunehmen werden. Da gleichzeitig jedoch mehr Menschen davon betroffen sind, ist mit mehr Pflegefällen zu rechnen, vor allem, wenn größere Geburtsjahrgänge das höhere Alter erreichen. Es lässt sich eine zunehmende Lebenserwartung erkennen, die auf der Zunahme durch Lebenszeit in und außerhalb der Pflege beruht (Tabelle 2). Der größte absolute Zuwachs an Lebensjahren erfolgt dabei außerhalb der Pflege bei beiden Geschlechtern; die relative Zunahme ist bei der Pflegedauer besonders hoch. ▸ Tab 2

▸ Tab 2 **Lebenserwartung nach pflegefreier Lebenszeit und Lebenszeit in Pflege 1999 und 2009 — in Jahren**

	1999	2009
Lebensdauer ohne Pflege	75,79	77,65
Pflegedauer	2,16	2,53
Lebenserwartung	77,95	80,18

Datenbasis: Pflegestatistik Deutschland und Human Mortality Database (HMD). Eigene Berechnungen.

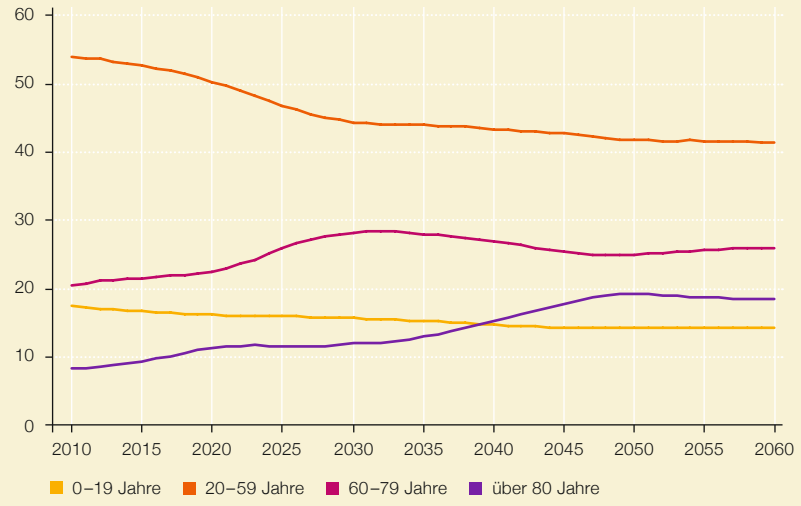
1.2.4 Bevölkerungsvorausberechnungen und zukünftige Entwicklung

In der realen Bevölkerungsentwicklung sind die Prozesse der Alterung durch unterschiedlich starke Besetzungen der einzelnen Geburtsjahrgänge nicht so deutlich sichtbar. Die Konfiguration der Alterspyramide einer Bevölkerung wird sowohl durch die Bewegungsmengen Geburt, Migration und Tod beeinflusst als auch durch epochale Ereignisse wie Kriege und Änderungen des sozialen Systems. Die Änderung der absoluten Anzahl von Personen im Altersverlauf und die Anzahl von Gestorbenen können daher verschiedene Ursachen haben.

Die Bevölkerungsvorausberechungen (siehe auch Infokasten »Bevölkerungsvorausberechnung« in Kapitel 1.1.4) ermöglichen es, künftige Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung darzustellen.

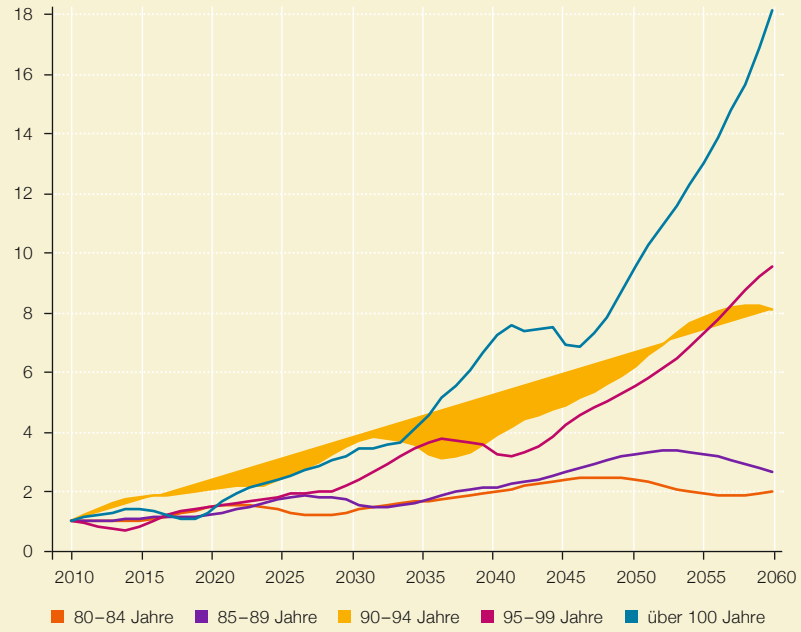
Aufgrund der Stetigkeit der Bevölkerungsentwicklung können Aussagen mit großer Genauigkeit über einen langen Zeitraum getroffen werden. Bei Personen im höheren Alter sind die Unsicherheiten der Vorhersagen besonders gering, weil sie fast nur von der heutigen Altersstruktur und von der Entwicklung der Mortalität abhängen. Da die tatsächliche empirische Entwicklung der Einflussgrößen über den Vorausberechnungszeitraum nicht bekannt ist, werden meist mehrere Annahmen zum Verlauf einzelner Komponenten getroffen. Die Ergebnisse einer Vorausberechnung sind immer nur im Zusammenhang der jeweils getroffenen Annahmen interpretierbar. Da die Wanderungen mit Unsicherheiten behaftet

▶ Abb 6 **Anteil der Personen nach Altersgruppen in Deutschland 2010–2060 — in Prozent**



Datenbasis: Amtliche Statistik des Bundes und der Länder,
12. Koordinierte Bevölkerungsprognose, mittlere Variante ohne Wanderungen.

▶ Abb 7 **Personen im Alter von 80 Jahren und älter nach Altersgruppen in Deutschland: Relative Zunahme 2010–2060 (2010=1)**



Datenbasis: Amtliche Statistik des Bundes und der Länder,
12. Koordinierte Bevölkerungsprognose, mittlere Variante, ohne Wanderungen.

sind, werden hier nur Trendaussagen ohne Wanderung getroffen (Variante: mittleres Szenario, ohne Wanderungen).

In der Abbildung 6 sind die Änderungen der Besetzung der Altersklassen für den Prognosezeitraum 2010 bis 2060 in Deutschland dargestellt (siehe auch Kapitel 1.1.4). Es ist erkennbar, dass dem Rückgang der Bevölkerung im Alter von 20 bis 59 Jahren ein Zuwachs im Alter von 60 bis 79 Jahren und im Alter von 80 Jahren und älter gegenübersteht. Während die Altersklasse 80 und älter besonders im Zeitraum 2010 bis 2020 und 2032 bis 2050 wächst, ist der Zuwachs in der Altersklasse 60 bis 79 besonders im Zeitraum 2020 bis 2030 zu verzeichnen. Der Anteil der 80-Jährigen und Älteren wird sich von knapp 10 % Bevölkerungsanteil auf fast 20 % verdoppeln. Im Gesamtzeitraum kommt es zu einem stetigen Rückgang der Bevölkerung im Alter 0 bis 19, da die Elterngeneration nicht durch deren Kinder ersetzt wird. Nach dem Kalenderjahr 2050 ist die Dynamik der Strukturveränderungen weitgehend abgeschlossen.

Die Unterteilung der Personen über 80 Jahre nach Altersklassen zeigt für die Jüngeren eine stärkere Besetzung als für die Älteren. Die in der Altersstruktur vorhandene Variation in der Besetzung wird in immer höhere Altersgruppen weitergegeben. Die Altersgruppe der 95- bis 99- Jährigen erreicht im Jahr 2055 einen Anteil von einem Prozent und die Altersgruppe »100 Jahre und älter« wird im Jahr 2060 noch unter einem halben Prozentpunkt liegen. ▶ Abb 6

Wenn man die relative Veränderung der einzelnen Altersgruppen untersucht, zeigt sich, dass die besonders schwach besetzten höchsten Altersgruppen die höchsten Veränderungen zu erwarten haben (Abbildung 7). Bei den 100-Jährigen und Älteren haben wir eine 18-mal größere Anzahl zu erwarten (bei der Altersklasse der 90–99-Jährigen um den Faktor Neun vergrößert) gemessen an den Beständen von heute. Diese Befunde ergeben sich aus der Gegenüberstellung der aktuellen Altersstruktur mit den

Ergebnissen der aktuellen 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. Zur systematischen bewertenden Analyse der bisherigen Entwicklung in diesem Altersbereich müssen die Daten der Trends der Sterblichkeit im höheren Alter benutzt werden. ▸ Abb 7

1.2.5 Zusammenfassung

Die Verbesserung des sozialen und medizinischen Versorgungssystems führt dazu, dass für einen großen Teil der Bevölkerung die Sterblichkeit in das höhere Alter verschoben wird und die Lebenserwartung steigt. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich dieser Prozess in der Zukunft fortsetzt, da er mit dem medizinischen Fortschritt verbunden ist. Bislang ist der Lebensverlängerungsprozess davon begleitet, dass auch die Anzahl der zusätzlichen Lebensjahre in einem besseren Gesundheitszustand verlebt werden. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung im hohen Alter war noch nie so gut wie heute, da der medizinische Fortschritt viele Innovationen gerade für diesen Altersbereich hervorbrachte. Es gibt keine Hinweise, dass dieser Prozess der bewussten Teilhabe am medizinischen Fortschritt und des individuellen Interesses alt zu werden gebremst ist. Daher werden von der Bevölkerung auch in Zukunft die Risiken vermieden, welche die Lebenserwartung mindern könnten.

1.3 Demografischer Wandel: Geburtenentwicklung und Lebensformen

Michaela Kreyenfeld, Sandra Krapf
Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock

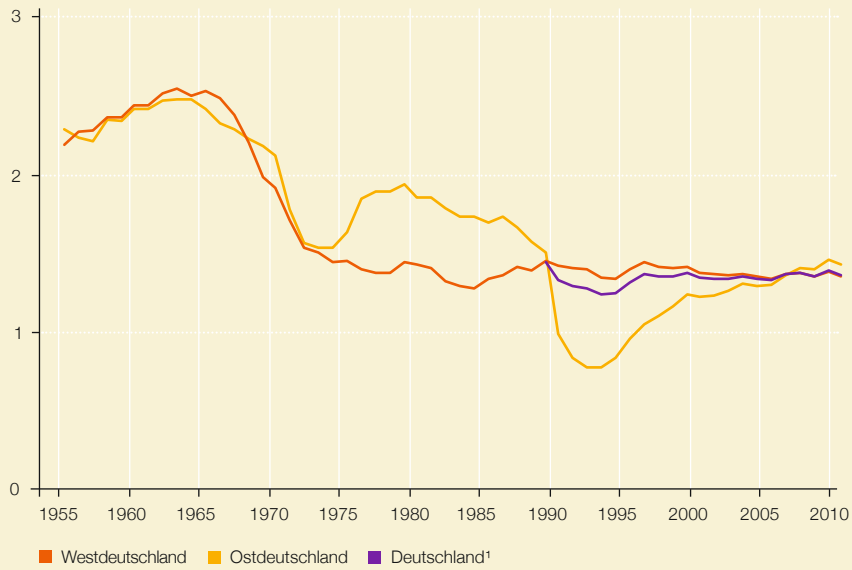
WZB/SOEP

1.3.1 Die langfristige Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland

Die zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate) ist eine der zentralen Kennziffern, die regelmäßig verwendet wird, um das generative Verhalten abzubilden. Ähnlich wie in anderen westeuropäischen Ländern ist die zusammengefasste Geburtenziffer in den 1960er-Jahren in Deutschland drastisch zurückgegangen und scheint sich in Westdeutschland seit den 1970er-Jahren bei einem Wert von 1,4 Kindern eingependelt zu haben. In Ostdeutschland ist die jährliche Geburtenziffer, in Reaktion auf die besonderen familienpolitischen Maßnahmen, die die DDR-Regierung Anfang und Mitte der 1970er-Jahre lancierte, wieder kurzfristig angestiegen, lag aber zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung auf einem ähnlichen Niveau wie die westdeutsche Ziffer. Der Einbruch der jährlichen Geburtenziffern nach der Wende, auf einen Wert von nur 0,8 Kindern pro Frau im Jahr 1993, ist besonders augenfällig. Seit 2007 liegen die ost- und westdeutschen Geburtenziffern auf einem ähnlichen Niveau. ▸ Abb 1

Die zusammengefasste Geburtenziffer wird häufig als durchschnittliche Kinderzahl, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, interpretiert. Unter Demographen gilt sie jedoch als höchst problematische Kennziffer. Der wesentliche Grund für diese Skepsis besteht darin, dass die zusammengefasste Geburtenziffer nur ein Schätzwert für die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau ist, der verzerrt wird, sobald es zu Veränderungen im Alter bei Geburt kommt. Diese Veränderungen im Alter, in dem Frauen ihre Kinder bekommen, werden unter dem Begriff Tempo-Effekte zusammengefasst. Tempo-Effekte sind vor allem problematisch für die Beurteilung der ostdeutschen Entwicklung, da mit der deutschen Vereinigung das Alter bei Familiengründung rapide angestiegen ist. Lag im Jahr 1989 das durchschnittliche Alter bei Familiengründung noch bei 22,7 Jahren in Ostdeutschland,

▸ Abb 1 **Zusammengefasste Geburtenziffer 1956–2011**



1 Ab 1989 wurde Berlin aus der Ost-West-Darstellung ausgeschlossen.
Datenbasis: Human Fertility Database (http://www.humanfertility.org).

liegt es mittlerweile bei fast 28 Jahren und damit nur noch etwa ein Jahr unter dem westdeutschen Durchschnittsalter bei Erstgeburt. In Westdeutschland können wir seit den 1970er-Jahren einen kontinuierlichen Anstieg des Alters bei Erstgeburt beobachten, der bislang noch nicht zum Stillstand gekommen ist. ▸ Tab 1

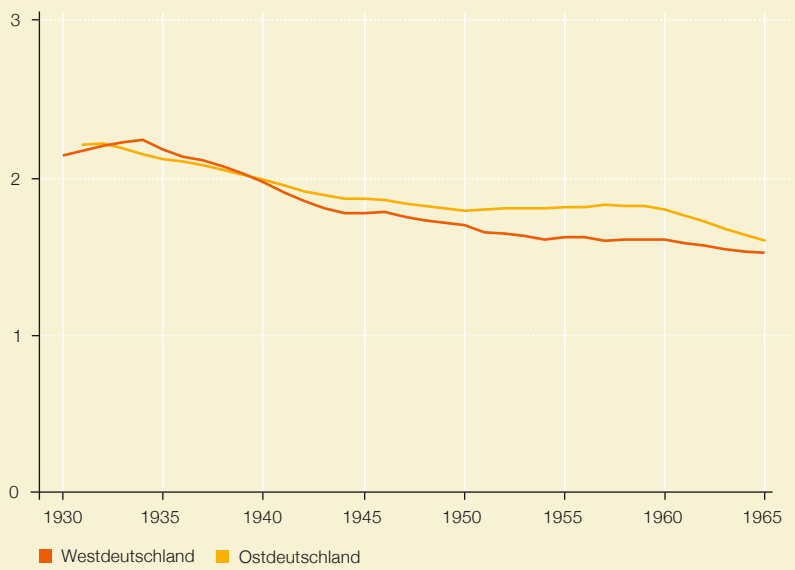
Vor dem Hintergrund der kontinuierlichen Veränderungen im Alter bei Geburt, ist die zusammengefasste Geburtenziffer kein verlässlicher Schätzwert, um das Geburtengeschehen abzubilden. Ein solider Indikator des Geburtenverhaltens ist die Kohortenfertilität, das heißt die Kinderzahl pro Geburtsjahrgang von Frauen. Hierbei handelt es sich nicht um einen Schätzwert, sondern um die tatsächliche Kinderzahl je Frauenjahrgang. Für Westdeutschland liegen offizielle Angaben ab dem Geburtsjahrgang 1930 vor. Der aktuellste Frauenjahrgang, für den die finale Kohortenfertilität berechnet werden kann, ist der Jahrgang 1965, da es für diesen unwahrscheinlich ist, dass Frauen dieser Kohorte in Zukunft noch Kinder zur Welt bringen werden. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich, ist die Kinderzahl ab dem Jahrgang 1934 in Westdeutschland kontinuierlich zurückgegangen. Für den Jahrgang 1965 liegt die durchschnittliche Kinderzahl bei 1,5 Kindern pro Frau. In Ostdeutschland ist der Rückgang noch deutlicher ausgeprägt, jedoch liegt die durchschnittliche Kinderzahl des Jahrgangs 1965 weiterhin etwas über den westdeutschen Werten. Die Kohortenbetrachtung zeigt, dass die tatsächliche Kinderzahl bislang für keinen Frauenjahrgang den Wert von 1,4 Kindern pro Frau, der durch die zusammengefasste Geburtenziffer seit den 1970er-Jahren suggeriert wird (Abbildung 1), erreicht hat. Demnach wurde bislang die Geburtenintensität, die auf Basis der zusammengefassten Geburtenziffer angezeigt wurde, systematisch unterschätzt. Der Nachteil der Kohortenperspektive ist jedoch, dass Aussagen zum Geburtengeschehen erst dann getroffen werden können, wenn ein Geburtsjahrgang das Ende seiner reproduktiven Phase – also etwa das Alter 50 – erreicht hat. Um Aussagen über den aktuellen Trend machen zu können, sind Kohortenprognosen vorgelegt worden. Generell zeigen sie, dass die durchschnittliche Kinderzahl ab dem Jahrgang 1968 nicht weiter rückläufig zu sein scheint. ▸ Abb 2

▸ Tab 1 **Durchschnittsalter der Frau bei Geburt und bei Geburt des ersten Kindes 1960–2011 — in Jahren**

	1960	1970	1980	1989	2000	2010	2011
Erste Kinder							
Westdeutschland	24,9	23,8	25,0	26,6	–	29,1	29,2
Ostdeutschland	23,0	22,5	22,2	22,7	–	27,3	27,4
Deutschland [1]	–	–	–	–	–	28,8	29,0
Alle Kinder							
Westdeutschland	27,9	27,0	27,1	28,3	29,0	30,5	30,7
Ostdeutschland	26,4	25,4	24,5	25,2	27,7	29,3	29,4
Deutschland [1]	–	–	–	–	28,8	30,3	30,5

1 Ab 1989 wurde Berlin aus der Ost-West-Darstellung ausgeschlossen.
– nichts vorhanden.
Datenbasis: Human Fertility Database sowie Kreyenfeld (2002): Parity Specific Birth Rates for West Germany. An Attempt to Combine Survey Data and Vital Statistics. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 27: 327–357.

▸ Abb 2 **Kinderzahl pro Frauenjahrgang (Kohortenfertilität) 1930–1965**

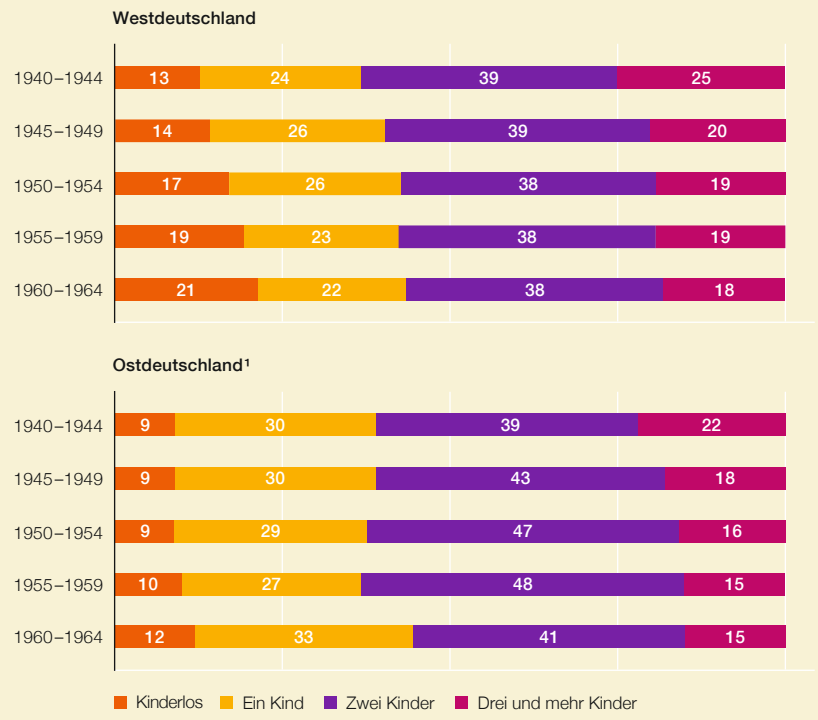


Datenbasis: Human Fertility Database sowie Statistisches Bundesamt.

1.3.2 Kinderlosigkeit und Unterschiede nach Geburtsordnung

Obwohl die durchschnittliche Kinderzahl nicht weiter rückläufig zu sein scheint, liegt die Geburtenintensität in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, vor allem im Vergleich zu

▶ Abb 3 **Verteilung der Kinderzahl nach Frauenjahrgängen 1940–1964 — in Prozent**



1 Berlin wurde zu Ostdeutschland gruppiert.
Datenbasis: Ergebnisse des SUF-Mikrozensus 2008, eigene ungewichtete Berechnungen.

▶ Tab 2 **Durchschnittlicher Geburtsabstand 2011 — in Jahren**

	Durchschnittswert
Abstand zwischen erstem und zweitem Kind	
Westdeutschland	4,0
Ostdeutschland	5,1
Deutschland	4,2
Abstand zwischen zweitem und drittem Kind	
Westdeutschland	4,8
Ostdeutschland	5,3
Deutschland	4,9

Angaben zu Ost- und Westdeutschland ohne Berlin.
Datenbasis: Statistisches Bundesamt.

den nordischen Ländern oder im Vergleich zu Frankreich, weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Ein Charakteristikum des Fertilitätsverhaltens in Deutschland, welches zum Teil die niedrige durchschnittliche Kinderzahl erklärt, ist die relativ hohe Kinderlosigkeit. Seit den Geburtsjahrgängen, die um 1950 geboren wurden, ist die Kinderlosigkeit in Westdeutschland kontinuierlich angestiegen und liegt für die Frauenjahrgänge, die 1960 bis 1964 geboren wurden, bei etwa 20 Prozent (siehe Abbildung 3). In Ostdeutschland lag die Kinderlosigkeit bislang deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Für die Frauen, die nach der Wende in das reproduktive Alter getreten sind, scheint sie jedoch auch dort anzusteigen. ▶ Abb 3

Im Vergleich zu Ländern wie Frankreich oder den nordischen Ländern fällt zudem der niedrige Anteil von Frauen mit drei oder mehr Kindern auf. Für die Jahrgänge 1960 bis 1964 waren es nur 18 Prozent der westdeutschen und 15 Prozent der ostdeutschen Frauen, die drei und mehr Kinder zur Welt gebracht haben. Zum Vergleich: In Frankreich sind es deutlich mehr als 20 Prozent der Frauen dieser Jahrgänge, die drei und mehr Kinder haben. Für die jüngeren Jahrgänge, die nach 1965 geboren wurden, lässt sich die Verteilung der Kinderzahl noch nicht abschließend klären, da diese Frauen noch im reproduktiven Alter sind. Es deutet sich jedoch an, dass die Neigung zwei oder drei und mehr Kinder zu bekommen in Ostdeutschland niedriger ist als in Westdeutschland. Dies wird auch durch Kinderwunschstudien bestätigt, die aufzeigen, dass sich Ostdeutsche häufiger nur ein Kind wünschen als Westdeutsche.

Mittlerweile wird in der amtlichen Geburtenstatistik für Deutschland auch der Geburtsabstand »Spacing« zwischen den Kindern erhoben. Demnach betrug der durchschnittliche Abstand zwischen dem ersten und dem zweiten Kind im Jahr 2010 für Westdeutschland 4,0 Jahre und für Ostdeutschland (ohne Berlin) 5,1 Jahre. Damit zeichnet sich Ostdeutschland im internationalen Vergleich durch einen auffallend langen Geburtsabstand zwischen den ersten beiden Kindern aus. Da in der Geburtenstatistik der durchschnittliche Geburtenabstand erst seit 2010 ausgewiesen wird, (vormals wurde dieser nur für eheliche Geburten erfasst), liegen keine Zeitreihen über die langfristige Entwicklung des »Spacings« vor. Schätzungen auf Basis nicht-amtlicher Datenquellen deuten jedoch darauf hin, dass der Geburtenabstand zwischen dem ersten und zweiten Kind sich in West-

deutschland über die Zeit hinweg nur wenig verändert hat. In Ostdeutschland fällt vor allem auf, dass Frauen, die unmittelbar vor der deutschen Vereinigung ein erstes Kind bekommen haben, im Zuge der gesellschaftlichen und ökonomischen Umbrüche während der Jahre nach der Wende, das zweite Kind im Lebenslauf erheblich aufgeschoben haben. ▸ Tab 2

1.3.3 Lebensformen und die Bedeutung nichtehelichen Zusammenlebens

Abgesehen vom Wandel des generativen Verhaltens sind auch die Lebens- und Familienformen in Deutschland Veränderungen unterworfen, welche in der Vergangenheit häufig mit der Begrifflichkeit der »Pluralisierung« auf den Punkt gebracht worden sind. Ausgehend vom Bezugspunkt der ehelichen Familien sind demnach »alternative«, »nicht-traditionelle« oder »neue« Lebensformen hinzugetreten. In der familiensoziologischen Forschung existieren eine Vielzahl von Vorschlägen zur Operationalisierung von Lebens- und Familienformen. Zentrale Dimensionen, die bei der Bestimmung von Lebens- und Familienformen herangezogen werden, sind der Familienstand und das Zusammenleben mit einem Partner beziehungsweise einer Partnerin. Letztere Information erlaubt es nichteheliche Lebensgemeinschaften abzugrenzen. Die Anzahl der Kinder und der Beziehungsstatus zu den Kindern (leibliche Kinder, Stiefkinder, Adoptiv- und Pflegekinder) stellen weitere zentrale Dimensionen dar, auf deren Basis Lebens- und Familienformen operationalisiert werden können. In der familiensoziologischen Forschung ist zudem in der jüngeren Vergangenheit das Vorhandensein einer Paarbeziehung als Unterscheidungskriterium herangezogen worden, um so genannte LAT-Beziehungen (Living-Apart-Together-Beziehungen) abzugrenzen. Mit den amtlichen Daten, wie dem Mikrozensus, lassen sich allerdings diese Lebensformen nicht identifizieren, da nur Beziehungsgefüge innerhalb eines Haushalts erfasst werden. Auch lassen sich Stieffamilien mit den amtlichen Daten nicht abgrenzen beziehungsweise können von Kernfamilien nicht unterschieden werden. Angemerkt sei, dass in der familiensoziologischen Forschung als Untersuchungseinheit zumeist das Individuum verwendet wird, das heißt es wird dargestellt, wie viele Männer und Frauen in bestimmten Lebensformen leben. Dieses Vorgehen ist auch in diesem Kapitel gewählt worden. In der amtlichen Statistik hingegen wird häufig die Familie als Untersuchungseinheit herangezogen, um den Wandel der Familienformen abzubilden.

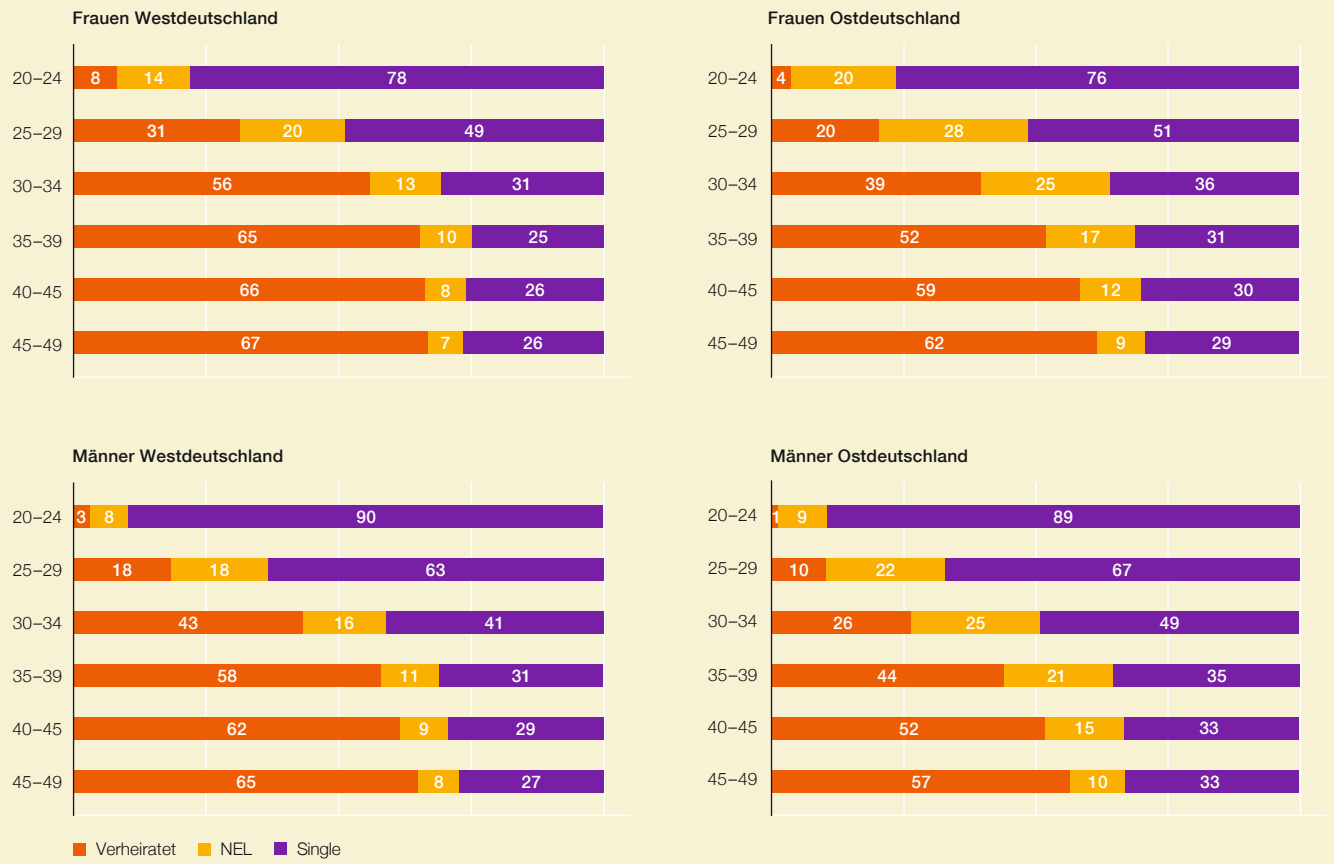
Eine der wesentlichen Veränderungen in den Lebens- und Familienformen stellt die wachsende Bedeutung nichtehelichen Zusammenlebens dar. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern ist auch in Deutschland der Anteil der Personen, die »direkt«, das heißt ohne voreheliches Zusammenleben, heiraten, seit den 1970er-Jahren rapide zurückgegangen. Die Eheschließung ist zunehmend auf ein späteres Alter verschoben worden, und es hat sich eine Phase im Lebenslauf herausgebildet, in der Paare nichtehelich zusammenleben. Abbildung 4 gibt vor diesem Hintergrund die Lebensformen von Personen nach Alter und Geschlecht im Jahr 2010 wieder. Vor allem im frühen Lebensalter stellt die nichteheliche Lebensgemeinschaft (NEL) eine relevante Lebensform dar. Etwa 20 Prozent der 25 bis 29-jährigen westdeutschen Männer und Frauen leben in dieser Lebensform. Bei den ostdeutschen Frauen sind es in diesem Alter sogar fast 30 Prozent, die nichtehelich mit ihrem Partner zusammenleben. Bei den ostdeutschen Männern ist es vor allem die Altersklasse 30 bis 34, in der die NEL mit 25 Prozent Relevanz besitzt.

Abbildung 4 suggeriert, dass mit zunehmendem Alter die nichteheliche Lebensgemeinschaft (NEL) an Bedeutung verliert und zunehmend von der Ehe als dominante Lebensform verdrängt wird. So sind es im Alter 45 bis 49 nur etwa 10 Prozent der Frauen und Männer, die noch in der NEL leben. Hingegen ist die weite Mehrzahl der Personen in diesem Alter verheiratet. Prinzipiell zeigt sich in diesem Muster, dass Eheschließungen im späteren Lebenslauf vollzogen werden. Dennoch ist hier zu beachten, dass sich bei dieser Querschnittsbetrachtung Kohorten- und Alterseffekte vermischen. Dies ist vor allem für die Beurteilung der ostdeutschen Situation relevant, da die heute 45- bis 49-Jährigen zum Teil noch vor der deutschen Vereinigung geheiratet haben. Die Lebensformen der Personen, die heute 45 Jahre und älter sind, reflektieren damit zum Teil noch die demografischen Verhaltensweisen, die in der DDR typisch waren. ▸ Abb 4

1.3.4 Unverheiratete Elternschaft

Ein Kristallisationspunkt familiensoziologischer Debatten ist vor allem die Frage, inwiefern die nichteheliche Lebensgemeinschaft das eheliche Lebensmodell verdrängt hat oder ob es beim Rückgang der Heiratsneigung sich in erster Linie um »Timingeffekte« handelt, also Eheschließungen im Lebenslauf nur aufgeschoben werden und spätestens dann geheiratet wird, wenn das erste Kind geboren wird. Der deutliche Anstieg der Nichtehelichenquote (Anteil der nichtehelich geborenen Kinder an allen Kindern) deutet zumindest darauf hin, dass die Kopplung von Eheschließung und Familiengründung sich in den letzten Jahrzehnten deutlich gelockert hat. Demnach waren es im Jahr 2011 fast 30 Prozent der Geburten in Westdeutschland und rund 60 Prozent der Geburten in Ostdeutschland, die nichtehelich sind. Bei den Erstgeburten ist der Anteil mit fast 40 Prozent in Westdeutschland und etwa 75 Prozent in Ostdeutschland deutlich höher. Beim zweiten Kind reduziert sich die Nichtehelichenquote auf etwa 50 Prozent in Ost- und 20 Prozent in Westdeutschland. Dieser Rückgang deutet zum einen darauf hin, dass ein relevanter Anteil von Personen zwischen der Geburt des ersten und zweiten Kindes heiratet, zum anderen ist der Unterschied darauf zurückzuführen, dass verheiratete Frauen häufiger zweite und weitere Kinder bekommen als jene, die unverheiratet sind. ▸ Tab 3

▶ Abb 4 **Lebensform nach Lebensalter und Geschlecht 2010 — in Prozent**



Anmerkung: Verheiratete sind Personen, die zum Zeitpunkt des Interviews verheiratet sind und nicht dauernd getrennt leben. Personen in eingetragenen Lebenspartnerschaften sind wie Verheiratete behandelt worden. Unverheiratete Personen sind danach unterschieden, ob sie einen Partner haben, der im Haushalt lebt (nichteheliche Lebensgemeinschaft, NEL) oder ob dies nicht der Fall ist (Single). Inwiefern weitere Personen im Haushalt leben (wie beispielsweise Eltern) wurde nicht berücksichtigt. Single beinhalten auch geschiedene und verwitwete Personen, insofern diese nicht mit einem neuen Partner im Haushalt leben.
Datenbasis: Ergebnisse des SUF-Mikrozensus 2010, eigene ungewichtete Berechnungen.

Mit einer Nichtehelichenquote von rund 60 Prozent in Ost- und einem Wert von fast 30 Prozent in Westdeutschland existieren auch mehr als zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung noch deutliche Ost-West-Unterschiede im familialen Verhalten. Während die Verhaltensweisen in Westdeutschland noch weitgehend dem Muster der »kindorientierten Eheschließung« (Nave-Herz) entsprechen und die Mehrzahl vor der Geburt des ersten Kindes heiratet, ist die Kopplung von Eheschließung und Familiengründung in Ostdeutschland eher locker ausgeprägt. Als Ursachen für diese spezifischen Muster wird unter anderem auf die geringe konfessionelle Bindung in Ostdeutschland und auf die hohe Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen verwiesen, für die die ökonomischen Vorteile einer Eheschließung weniger relevant sind als für westdeutsche Frauen. Als weitere Ursachen werden unsichere Beschäftigungsoptionen und hohe Arbeitslosenquoten angeführt, die sich in internationalen Studien ebenfalls als Faktoren erwiesen haben, welche sich negativ auf die Heiratsneigung auswirken. Angemerkt sei, dass im Jahr 2012 die ostdeutsche Nichtehelichenquote erstmalig leicht zurückgegangen ist. Zwar liegt sie mit 59 Prozent (nicht in Tabelle 3 ausgewiesen, da die paritätsspezifischen Daten für 2012 noch nicht zur Verfügung stehen) im internationalen Vergleich weiterhin sehr hoch, vergleichbar mit Werten in den nordischen Ländern Europas.

1.3.5 Familienformen und unverheiratete Elternschaft

Inwiefern es sich bei den nichtehelichen Geburten um Geburten von Frauen in

▶ Tab 3 **Anteil der nichtehelich Lebendgeborenen an allen Lebendgeborenen 1989, 2000, 2010 und 2011 und nach Geburtsordnung im Jahr 2011 — in Prozent**

	Alle Kinder				1. Kind	2. Kind
	1989	2000	2010	2011	2011	2011
Ostdeutschland[1]	34	51	61	62	74	51
Westdeutschland	10	19	27	29	39	20
Deutschland	–	23	33	34	44	25

1 Berlin wurde ab 1989 zu Ostdeutschland gruppiert.
– nichts vorhanden.
Datenbasis: Statistisches Bundesamt.

▶ Tab 4 **Lebensformen von Frauen (Alter 18–55) mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt 1996, 2000 und 2010 — in Prozent**

	1996	2000	2010
Westdeutschland			
Verheiratet	85	83	77
Nichteheliche Lebensgemeinschaft	4	4	7
Single (alleinerziehend)	12	12	17
Ostdeutschland			
Verheiratet	75	68	55
Nichteheliche Lebensgemeinschaft	11	13	19
Single (alleinerziehend)	14	19	26
Deutschland			
Verheiratet	83	80	73
Nichteheliche Lebensgemeinschaft	5	6	9
Single (alleinerziehend)	12	14	18

Anmerkung: Verheiratete sind Personen, die zum Zeitpunkt des Interviews verheiratet sind und nicht dauernd getrennt leben. Personen in eingetragenen Lebenspartnerschaften sind wie Verheiratete behandelt worden. Unverheiratete Personen sind danach unterschieden, ob sie einen Partner haben, der im Haushalt lebt (nichteheliche Lebensgemeinschaft, NEL) oder ob dies nicht der Fall ist (single). Inwiefern weitere Personen im Haushalt leben (wie beispielsweise Eltern) wurde nicht berücksichtigt. Singles beinhalten auch geschiedene und verwitwete Personen, insofern diese nicht mit einem neuen Partner im Haushalt leben.
Berlin wurde zu Ostdeutschland gruppiert.
Datenbasis: Ergebnisse des SUF-Mikrozensus 1996, 2000, 2010, eigene ungewichtete Berechnungen.

nichtehelichen Lebensgemeinschaften handelt und inwiefern auch nach der Familiengründung noch geheiratet wurde, kann auf Basis der Bevölkerungsstatistik, die für die Berechnung der Nichtehelichenquote herangezogen wurde, nicht geklärt werden. Analysen mit den Daten des Mikrozensus können zumindest Aufschluss über die Familienformen geben, in denen Frauen mit Kindern leben. Da es bereits seit 1996 möglich ist, nichteheliche Lebensformen im Mikrozensus abzugrenzen, lässt sich mit den Daten ebenfalls eine Entwicklung über die Zeit darstellen.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, ist die Mehrzahl der Frauen, die Kinder unter 18 Jahren im Haushalt haben, verheiratet. Jedoch geht dieser Anteil seit 1996 deutlich zurück. Waren es 1996 noch 83 Prozent der Mütter, die in einer ehelichen Lebensgemeinschaft lebten, waren es 2010 mit 73 Prozent zehn Prozentpunkte weniger. Hingegen ist der Anteil an Frauen mit Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften (NEL) gestiegen. Lag er im Jahr 1996 bei nur fünf Prozent, sind es im Jahr 2010 neun Prozent. In Ostdeutschland ist die NEL mit etwa 20 Prozent im Jahr 2010 deutlich häufiger vertreten als in Westdeutschland. Obwohl ein beachtlicher Anstieg in der Bedeutung nichtehelicher Elternschaft zu verzeichnen ist, ist der Anteil alleinerziehender Mütter (unter den Frauen mit Kindern unter 18 Jahren) weiterhin höher als der Anteil an Frauen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Im Jahr 2010 waren es etwa ein Viertel aller ostdeutschen Frauen, die Kinder unter 18 Jahren hatten und alleinerziehend waren. In Westdeutschland waren es 17 Prozent der Frauen mit Kindern unter 18 Jahren, die keinen Partner hatten, der mit ihnen im selben Haushalt lebte. Während es sich in Westdeutschland bei den alleinerziehenden Frauen mehrheitlich um geschiedene beziehungsweise verheiratet und getrennt lebende Frauen handelt, sind es in Ostdeutschland mehrheitlich ledige Frauen. Unter den alleinerziehenden Frauen, die Kinder unter 18 Jahren im Haushalt hatten, waren 59 Prozent der ostdeutschen, aber nur 34 Prozent der westdeutschen Frauen ledig (nicht in Tabelle 4 ausgewiesen). ▶ Tab 4

1.3.6 Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern

Parallel zu den Veränderungen in den Familienstrukturen hat sich das Erwerbsverhalten von Frauen und insbesondere jenen mit Kindern gewandelt. In Westdeutschland ist die Erwerbsquote von Frauen seit den 1980er-Jahren kontinuierlich angestiegen (siehe Kapitel 5.1.4) und liegt mittlerweile bei über 70 Prozent und damit auf einem ähnlichen Niveau wie die Erwerbsquoten von Frauen in den nordischen Ländern Europas. Die Erwerbsquote ist jedoch kein hinreichender Indikator, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere jenen mit Kindern, abzubilden, da sie nicht die Variationen im Erwerbsumfang berücksichtigt. Diese sind gerade für die Beurteilung der Erwerbsmuster in Deutschland relevant, da hier der Anstieg der Erwerbsquote von Frauen vor allem mit einem Anstieg des Anteils in Teilzeit und marginal beschäftigter Frauen mit Kindern zusammenfällt, während sich der Anteil der Vollzeit

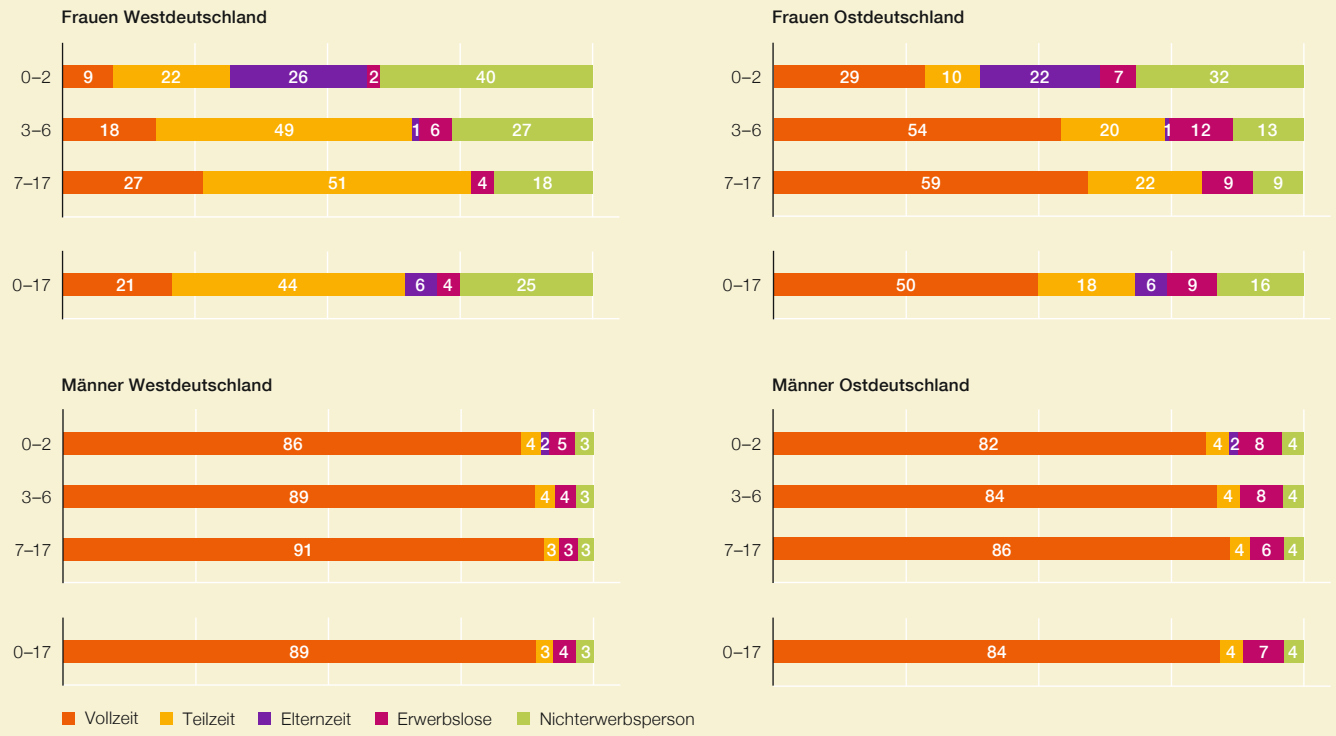
erwerbstätigen Frauen mit Kindern bislang wenig verändert hat.

Abbildung 5 gibt vor diesem Hintergrund die Erwerbsbeteiligung von Frauen nach Alter des jüngsten Kindes, das im Haushalt lebt, wieder. In Westdeutschland dominiert demnach mittlerweile die Teilzeiterwerbstätigkeit unter Frauen mit Kindern. 44 Prozent der Frauen, die Kinder unter 18 Jahren haben, sind teilzeiterwerbstätig. Nur etwa 21 Prozent gehen einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach. Obwohl die Bedeutung der Nichterwerbspersonen über die Zeit deutlich zurückgegangen ist, sind es im Jahr 2010 immerhin noch 25 Prozent der westdeutschen Frauen, die als »Nichterwerbspersonen« klassifiziert werden, also weder eine Erwerbstätigkeit angegeben haben, noch in Elternzeit oder erwerbslos sind. Bei Frauen mit Kindern unter drei Jahren sind es sogar 40 Prozent. In Ostdeutschland ist dieser Anteil mit 32 Prozent vergleichsweise gering. Im Unterschied zu Westdeutschland sind 29 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren Vollzeit berufstätig. Betrachtet man Mütter mit Kindern unter 18 Jahren, sind 50 Prozent der ostdeutschen Frauen Vollzeit erwerbstätig. Auffallend im Ost-West-Vergleich ist zudem der relativ hohe Anteil von Frauen in Ostdeutschland, die erwerbslos sind. Insgesamt kommt der Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern in Ostdeutschland zwar (mit 18 Prozent) eine geringere Rolle zu als in Westdeutschland, dennoch ist der Anteil teilzeiterwerbstätiger Frauen in Ostdeutschland nach der Wende deutlich angestiegen. ▸ Abb 5

Betrachtet man die Erwerbsmuster von Männern, die mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt leben, dominiert in West- wie in Ostdeutschland die Vollzeiterwerbstätigkeit. Weniger als fünf Prozent der Männer in beiden Landesteilen gehen einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach. Während Frauen, die in Teilzeit arbeiten, am häufigsten die Betreuung von Kindern für die Teilzeiterwerbstätigkeit angeben, sind es bei den Männern andere Gründe (vor allem der Grund, dass sie keine Vollzeiterwerbstätigkeit finden konnten). Nur 15 Prozent der teilzeiterwerbstätigen Männer geben als Grund die »Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen/behinderten Personen« an, was einem Anteil von weniger als einem Prozent an allen Männern mit Kindern unter 18 Jahren entspricht.

Ebenfalls gering erscheint der Anteil der Väter, die in Elternzeit sind. Bei den Vätern mit Kindern im Alter von null bis zwei Jahren sind es in beiden Landesteilen

▸ Abb 5 **Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern (unter 18 Jahren im Haushalt) nach Alter des jüngsten Kindes 2010 — in Prozent**



Anmerkung: Für Personen, die in Elternzeit sind, aber gleichzeitig eine Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit angegeben haben, wurde nur die Elternzeit berücksichtigt.
Teilzeit (0–29 Stunden) und Vollzeit (30 Stunden und mehr) bezieht sich auf die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit.
Datenbasis: Ergebnisse des SUF Mikrozensus 2010, eigene ungewichtete Berechnungen.

nur zwei Prozent, die zum Zeitpunkt des Interviews ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen oder reduziert haben, da sie in Elternzeit sind. Hier muss zum einen beachtet werden, dass die Altersgruppe relativ breit gewählt ist. Bei kleinen Kindern (unter einem Jahr) erhöht sich der Anteil von Vätern in Elternzeit auf etwa drei Prozent. Zum anderen muss beachtet werden, dass es sich um Personen handelt, die »in der Berichtswoche«, also in der Woche vor dem Interviewzeitpunkt, in Elternzeit gewesen sind. Dies entspricht dem Anteil an Vätern in Elternzeit zu einem bestimmten Beobachtungspunkt und ist nicht mit dem Anteil der Väter, die jemals in Elternzeit waren, gleichzusetzen. Es entspricht auch nicht dem Anteil an Vätern, die Elterngeld beziehen, da Elterngeldbezug auch für Nichterwerbspersonen und Erwerbslose möglich ist, was nicht für die Inanspruchnahme von Elternzeit der Fall ist. Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der Anteil der Väter der im Jahr 2011 geborenen Kinder, die jemals Elterngeld bezogen haben, bei 27 Prozent. Dieser Wert ist deutlich höher als der Anteil der Väter, die in der Berichtswoche in Elternzeit sind. Ein Grund dafür ist, dass Väter zumeist nur relativ kurz (zumeist bis zu zwei Monate) Elternzeit nehmen. Ein weiterer Grund ist, dass für einen erheblichen Teil der Väter (20 Prozent), die Elterngeld beziehen, das Elterngeld keinen Einkommensersatz darstellt, da diese in der Regel vormals nicht erwerbstätig waren und somit keine Elternzeit in Anspruch nehmen können.

1.3.7 Erwartungen an familienpolitische Maßnahmen

In den vergangenen Jahren wurden von der Bundesregierung einige familienpolitische Instrumente eingeführt. Eine wichtige Reform bestand in der Einführung der Elternzeit und dem Elterngeld im Jahr 2007. Außerdem hat seit dem 1. August 2013 jedes Kind ab vollendetem erstem Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz (vergleiche Kapitel 2.1.6). Zentrale Motivation hinter diesen Politiken ist die Förderung der Erwerbstätigkeit von Eltern sowie die Schaffung von Bedingungen, in denen sich Paare einfacher für Kinder entscheiden können. Tabelle 6 gibt vor diesem Hintergrund aktuelle Ergebnisse zu den Einstellungen von Befragten zur Wirkungsweise familienpolitischer Maßnahmen wieder. Als Datengrundlage dient das Deutsche Familienpanel (pairfam), in dem Personen dazu befragt wurden, inwiefern verschiedene familienpolitische Maßnahmen sie in ihrer Entscheidung ein Kind beziehungsweise ein weiteres Kind zu bekommen, positiv beeinflussen würden. Aus einer Liste mit acht Politikmaßnahmen durften die Befragten höchstens zwei auswählen. Im Durchschnitt waren die befragten Personen 29,3 Jahre alt und wurden danach unterschieden, ob sie bereits Kinder hatten oder zum Zeitpunkt des Interviews kinderlos waren. Die Daten wurden in den Jahren 2009 und 2010 erhoben.

Die Ergebnisse in Tabelle 6 zeigen, dass 29 Prozent der Befragten angaben, dass eine garantierte Betreuung von unter Dreijährigen sie darin bestärken würde, ein Kind zu bekommen. 32 Prozent der Teilnehmer gaben flexiblere Arbeitszeiten als Faktor an, welcher die Entscheidung für ein weiteres Kind positiv beeinflussen würde. 17 Prozent nannten konkret bessere Möglichkeit der Teilzeiterwerbstätigkeit. 22 Prozent der Befragten schrieben der Erhöhung des Kindergeldes und 18 Prozent einer Senkung der Steuerlast für Eltern eine unterstützende Wirkung zu. Insgesamt scheint für junge Erwachsene die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, welche durch institutionelle Betreuung, aber vor allem durch flexible Arbeitszeiten und Teilzeiterwerbstätigkeit gewährleistet werden kann, besonders relevant zu sein, wenn sie über ein (weiteres) Kind nachdenken. Im Großen und Ganzen ähneln sich die Antwortmuster für Kinderlose und Eltern, was darauf hindeutet, dass auch Befragte ohne Kinder sich im Vorfeld mit der antizipierten Situation nach der Geburt auseinandersetzen. ▸ Tab 6

▸ Tab 6 **Familienpolitische Maßnahmen und ihre erwartete Wirkung auf die Entscheidung, ein Kind zu bekommen, 2010 — in Prozent**

»Bitte sagen Sie mir, welche der folgenden familienpolitischen Maßnahmen bei Ihnen am ehesten eine Entscheidung zugunsten eines (weiteren) Kindes beeinflussen könnten. Bitte nennen Sie maximal zwei Maßnahmen.«				
	Gesamt	Kinderlos	1 Kind	2 Kinder
(1) Gesicherte Ganztagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren	29	34	31	16
(2) Flächendeckende Einführung von Ganztagsschulen	12	12	13	11
(3) Erhöhung des Kindergeldes von jetzt durchschnittlich etwa 170 Euro auf 300 Euro je Kind	22	23	24	19
(4) Erhöhung des Elterngeldes von jetzt 67 % auf 80 % des letzten Nettoeinkommens	12	13	15	6
(5) Stärkere Berücksichtigung der Kindererziehung bei späteren Rentenzahlungen	8	8	10	9
(6) Bessere Regelungen zu flexiblen Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit kleinen Kindern	32	38	28	21
(7) Mehr Möglichkeiten für Teilzeitarbeit von Müttern und Vätern	17	20	15	11
(8) Stärkere steuerliche Entlastung von Eltern	18	18	19	16
Keine der genannten Maßnahmen hätte einen Einfluss	11	11	10	14
Ich will in keinem Fall ein (weiteres) Kind	11	3	10	31
Fallzahl	**5 746**	**3 248**	**1 075**	**1 053**

Anmerkungen: Personen mit drei und mehr Kindern wurden auf Grund kleiner Fallzahlen nicht separat ausgewiesen.
Datenbasis: pairfam Welle 2. Eigene gewichtete Berechnungen.